

Schmoller Dernburg Delbrück

Schäfer Sering Schillings

Brunner Jastrow Penck Kahl

über

Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik

Offizieller stenographischer Bericht
über die Versammlung in der Berliner Hochschule für Musik
am 8. Januar 1907

Herausgegeben vom Kolonialpolitischen Aktionskomité



Berlin 1907

Verlag Dr. Wedekind & Co. G. m. b. H.

ADG 784(2); 281

1365 616 01

Am 27. Dezember 1906 erging folgende

A. G. 784
zm

Einladung.

In der Krisis, die das Deutsche Reich heute durchzumachen hat, spielt die Frage der Kolonialpolitik eine wesentliche Rolle.

Die Politik die unserm Vaterlande so bedeutende überseeische Interessen gab, erscheint bei wissenschaftlicher und geschichtlicher Betrachtung nicht als eine Folge persönlicher Neigungen und Liebhabereien leitender Staatsmänner, sondern als ein Ergebnis der Entwicklung des deutschen Nationalbewusstseins wie der deutschen Volkswirtschaft, des deutschen Handels, der deutschen Schifffahrt, des deutschen Exports; in allen grösseren entwickelteren Staaten Europas und Amerikas sind ähnliche weltpolitische Tendenzen zu Tage getreten.

Das deutsche Volk, das erst allmählich in diese Stellung hineinwächst, ist aufzuklären darüber, dass an eine Preisgabe der Weltmachtstellung und insbesondere der Kolonien nicht mehr zu denken ist, wenn es sich nicht selbst preisgeben will. Man mag über einzelne Fragen der Weltpolitik denken wie man will, die weltpolitische Tendenz in unserer Staatspolitik wird man nie und nimmer aufhalten können.

Von gegnerischer Seite wird man sich bemühen, den Wert unserer Kolonien überhaupt möglichst herabzusetzen; man wird alles versuchen, um das ohnehin erst in kurzer Entwicklung begriffene Verantwortungsgefühl des deutschen Volkes für seine Weltmachtstellung zu erschlacken.

Hier muss eine Gegenaktion einsetzen.

Von den einzelnen politischen Parteien werden wohl im Wahlkampf auch andere Fragen, bes. die der inneren Politik aufgerollt werden. Über diese Fragen denken auch die Unterzeichner dieser Einladung verschieden und sind überzeugt, dass auch in dem neuen Reichstag diese alten Gegensätze wirtschaftlicher und politischer Natur fortbestehen werden und müssen; einzig aber sind sie in dem Punkte, dass eine starke und entschlossene Majorität zur Durchführung der Kolonialpolitik für die Zukunft des deutschen Volkes unentbehrlich und unerlässlich ist.

Unsere Gegenaktion gegen das kleinmütige Begehren Deutschland auf eine blosser Binnenpolitik zu beschränken und damit die Lebensfähigkeit unseres Volkes, das jährlich fast um eine Million Seelen wächst, zu unterbinden, soll in die weitesten Kreise des Volkes über unsere Kolonialpolitik Aufklärung bringen.

Wenn Sie mit dem Plane einer solchen Gegenaktion einverstanden sind und wenn Sie es für richtig halten, dass die Vertreter der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur, der liberalen Berufe, versuchen ganz unabhängig von ihrer Parteilichkeit gemeinsam ihre Überzeugung in die Wagchale des öffentlichen Kampfes zu werfen, so laden wir Sie ergebenst ein, am

**Dienstag, den 8. Januar abends 8 Uhr in dem Konzertsaal
der Kgl. Akad. Hochschule für Musik**

zu erscheinen und mit uns Unterzeichneten die Frage, was geschehen soll, zu beraten. Entsprechend unserem Plane sind die Führer der politischen Parteien nicht eingeladen. Die Hauptsache wird sein festzustellen, was die galanten Kreise tun sollen, wie sie die öffentliche Meinung durch Erklärungen, durch Flugblätter, Vorträge et cetera hier und auswärts beeinflussen können, welche Ausführungsorgane von der Versammlung hierfür gewählt und mit Mandat versehen werden sollen.

von Bergmann, Wirkl. Geh. Rat, O. Prof. d. Med. a. d. Universität Berlin. Bode, Geh. Reg.-Rat, Direktor der Kgl. Museen. Heinrich Branner, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Hans Delbrück, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Heinrich Gerburg, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Oswald Flamm, O. Prof. a. d. Techn. Hochschule Charlottenburg. Ernst Francke, Prof. Otto Glerke, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Grantz, Geh. Reg.-Rat, O. Prof., Rektor a. d. Techn. Hochschule Charlottenburg. Adolf Harnack, Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Univ. Berlin. Jastrow, Prof., Rektor d. Handels-Hochschule Berlin. Joseph Joachim, Prof., Direktor d. Kgl. Akad. Hochschule für Musik. Julius Kaftan, O. Prof., Rektor der Universität Berlin. Wilhelm Kahl, Geh. Justiz-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Arthur Kampf, Prof., Mitglied des Senats der Kgl. Akademie der Künste. Heinrich Kayser, Geh. Baurat. E. Lampe, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Kgl. Techn. Hochschule. Lenz, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Max Liebermann, Prof. Alfred Messel, Prof. Walther Nernst, O. Prof. a. d. Universität Berlin. B. Olshausen, Geh. Med.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Albrecht Penck, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Ludwig Platsch, Prof. Preuss, Privat-Dozent a. d. Universität Berlin. Alois Rühl, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Max Sering, O. Prof. a. d. Universität Berlin. F. Schaper, Prof., Mitglied d. Senats d. Kgl. Akademie der Künste. Dietrich Schäfer, Grossherz Bad. Geh. Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Theodor Schlemann, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Erich Schmidt, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Gustav Schmoller, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Adolph Wagner, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Anton v. Werner, Wirkl. Geh. O. Reg.-Rat, Direktor d. Kgl. Hochschule für die bildenden Künste. Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorff, Geh. Reg.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Ernst v. Wildenbruch, Geh. Leg.-Rat a. D. Wilhelm Waldeyer, Geh. Med.-Rat, O. Prof. a. d. Universität Berlin. Julius Wolff, Prof. Franz Schwechten, Geh. Baurat. Ludwig Mangel, Prof. Felix Schmidt, Prof. Richard Strauss, Kgl. Kapellmeister.

02. 732.

Die Sitzung wird um 8 Uhr abends vom Herrn
Prof. Dr. Schmoller

mit folgender Ansprache eröffnet:

Meine Herren! Im Namen unseres provisorischen Kolonialpolitischen Aktionskomitees, das aus den Kreisen von Kunst, Wissenschaft und Technik hervorgegangen ist, habe ich zunächst allen Anwesenden unsern Dank auszusprechen dafür, dass sie so zahlreich erschienen sind und auch dafür, dass sie unserm Unternehmen ein so grosses Interesse entgegengebracht haben. Ich will es mit einem Worte zu rechtfertigen suchen, dass wir es unternommen haben, neben den politischen Parteien in den Wahlkampf einzugreifen, dass wir es unternommen haben, neben diesen Parteien zu einer Aktion einzuladen und Sie zu bitten, uns bei dieser Aktion zu helfen in diesem grossen, denkwürdigen Kampfe, in welchem hinter der Regierung in der Vertretung im Reichstage alle politischen Parteien mit Ausnahme des Zentrums und der Sozialdemokratie stehen. Wir glauben, dass gerade die heute hier versammelten Kreise berufen sind, an der Aufklärung unseres Volkes mitzuarbeiten, an der Aufklärung darüber, wie sehr unsere koloniale Weltmachtpolitik notwendig ist.

Gestatten Sie mir als Nationalökonom und Statistiker ein Wort in dieser Beziehung auszusprechen. Ich will, ohne in die Materie selbst einzugreifen, nur mit ein paar Zahlen darlegen, dass ich voll guter Hoffnung bin, dass wir am Wahltage ein besseres Resultat erzielen können, als es bisher geschehen ist. Meine Herren! Deutschland hat bei den letzten Wahlen 12,5 Millionen Wähler gehabt. Davon verfügten die beiden Parteien, die der Regierung gegenüberstanden, über nicht mehr als 4,8 Millionen Wahlstimmen, es würden also 7,7 Millionen Wahlstimmen gegen diese beiden Parteien übrig bleiben. Warum haben nun diese nicht im Reichstage die Majorität? — Weil weit über 3 Millionen Bürger nicht gewählt haben! Bringen wir es dahin, dass endlich diese 3 Millionen ihre Schuldigkeit tun, so werden sich die Mandate im Reichstage doch wesentlich anders stellen!

Meine Herren! Ich habe nicht vor, in die Materie einzugreifen, ich habe nur noch ein Wort im Namen des provisorischen Aktionskomitees zu sagen, und das ist: ich ersuche die Versammlung, sich zu konstituieren.

Geh. Justizrat Prof. Kahl

(zur Geschäftsordnung): Ich mache den Vorschlag, den bisherigen Vorsitzenden des provisorischen Aktionskomitees zu ersuchen, auch heute in dieser Versammlung den Vorsitz zu führen. (Beifall.)

Prof. Schmoller:

Ich nehme diese Wahl dankend an und bitte Herrn Prof. Lampe von der Kgl. Technischen Hochschule an meiner Seite als stellvertretender Vorsitzender Platz zu nehmen. — Ich hoffe, dass er anwesend ist. (Ruf: Ja, hier bin ich!) — Dann bitte ich, hier Platz zu nehmen. — Als Schriftführer bitte ich Herrn Privatdozent Dr. Zöpfl und Herrn Dr. Dinse zu fungieren.

Ehe ich nun Exz. Dernburg das Wort gebe, habe ich einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Erst habe ich das Bedauern von sehr zahlreichen ersten Vertretern der Kunst auszusprechen, die sich an mich gewendet haben mit ihrem Bedauern, dass sie heute durch eine berufsmässige Versammlung im Künstlerhause verhindert sind, hier zu erscheinen. — Dann habe ich das Bedauern meines Kollegen Adolf Wagner auszusprechen, dass er nicht hier sein kann. Er ist durch den Todesfall seines Schwagers nach Wien abgerufen — ich nehme an, dass Sie aus dem Briefe Wagners an die „Tägliche Rundschau“ schon Kenntnis davon genommen haben, was er Ihnen sagen wollte.

Alsdann habe ich noch die geschäftliche Bemerkung zu machen, dass wir natürlich für die agitatorische Tätigkeit, die wir entwickeln wollen, nicht unerhebliche Geldmittel gebrauchen, und wir bitten deshalb alle diejenigen, die etwas beisteuern wollen, beim Ausgang aus diesem Saale an einem der dort stehenden Tische, auf denen unsere Listen ausliegen, sich einzutragen und event. einen Beitrag zu zeichnen. Als Sammelstelle ist die Deutsche Bank, Depositenkasse M. am Lützowplatz zur Entgegennahme späterer Zahlungen bereit.

Das sind die geschäftlichen Mitteilungen, die ich Ihnen zu machen habe. Ich gebe nunmehr das Wort Seiner Exzellenz, dem Herrn stellvertretenden Kolonialdirektor Dernburg.

Stellvertretender Kolonialdirektor Dernburg

(durch begeisterte Zurufe und langen Beifall begrüsst):

Meine Herren, wenn Sie gütigst zugestimmt haben, mich hier vor Ihnen zu hören, so ist es wohl jedem von Ihnen klar gewesen, dass ich mich über die allgemeine Situation, wie sie sich durch die jüngsten und auch die früheren parlamentarischen Vorgänge gestaltet hat, nicht wohl äussern kann, und dass ich in meiner Stellung für die von der einen oder der anderen Partei vertretene These nicht eintreten kann. Es ist aber auch nach meiner Auffassung von dem Amte, welches ich bekleide, durchaus unnötig. Die Frage der deutschen Kolonien, ihre Behandlung und ihre Zukunft ist meines Erachtens ganz unabhängig von der Stellung, welche man im deutschen politischen Leben als Parteipolitiker einnimmt, sie ist unabhängig von der Konfession, sie ist unabhängig von der sozialen Stufe, auf welcher sich der Beurteilende befindet. Das Erfreuliche an den Kolonien ist gerade, dass sie ein verhältnismässig freies Feld geben für die uneingeschränkte Betätigung eines zivilisierten Volks, wie des deutschen, nach der Richtung der Uebertragung der ethischen Ideale, der kulturellen Fortschritte, seiner vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wie es alle kolonisierenden Nationen erfahren haben, ist zwar die koloniasatorische Aufgabe eine schöne, aber auch eine ungemein schwierige und mit erheblichen Ausgaben verbundene. Die Nation, welche hierfür die Erkenntnis oder die Voraussetzung nicht hat, wird nicht erfolgreich kolonisieren können, und es ist ein Prüfstein auf das Selbstbewusstsein einer Nation, auf ihr ideales Streben und ihre materiellen Mittel, wie sie sich einer solchen Aufgabe gegenüberstellt. Für uns Deutsche ist die Periode, in der wir leben, dieser Prüfstein, wo die materiellen Erfolge noch kleiner sind, als man sie nach den aufgewandten Mitteln, und zwar unverständigerweise, verlangte, da Unglücksfälle, wie drei Aufstände in drei Jahren, grosse Anforderungen an die Opferfreudigkeit der deutschen Nation gestellt haben, und es steht jetzt zur Frage: Fühlt sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug, eine einmal begonnene Kulturaufgabe nicht aufzugeben, fühlt sie sich reich genug, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren, oder will sie sich in Kleinmut, unter allerlei Aengstlichkeiten und gedeckt durch den Dampf, den die Kanoniere der Kolonialsandale erzeugen, zurückziehen? Dass es Politiker gibt, welche die Kolonien aufgeben wollen, unterliegt heute keinem Zweifel. Dass andere sehr scheu geworden sind, steht leider fest, dass eine gewisse Müdigkeit eingetreten ist, ist nicht zu bezweifeln. Demgegenüber gilt es jetzt, festzustellen, ob die deutsche Nation noch glaubt, eine grössere Mission erfüllen zu können, die gewisse Anforderungen an sie in allen ihren Teilen stellt, oder ob sie materialistisch bequem und gedankträge ausgetretene und unrühmliche Pfade wandeln will. Dass diese Pfade, gegenüber einer ganzen Anzahl zielbewusster Nationen, die ihre eigenen Hilfsquellen immer mehr und mehr zu einer geschlossenen Wirtschaft ausbilden, auch materiell unser Volk in einen Sumpf führen werden, ist klar.

Nicht mit Unrecht hat man dem deutschen Volk die Bezeichnung des Volks der Denker und der Dichter beigelegt, und so hart auch der geistige Wettkampf der Nationen gewesen ist, so hat doch Deutschland seine Position, in Hinsicht auf die Geisteswissenschaften an der Spitze der Kulturnationen zu marschieren, stets zu verteidigen gewusst. Neben diesen älteren Eichenkranz hat das letzte Jahrhundert einen zweiten gehängt, das Jahrhundert, in dem Deutschland an die Spitze der Nationen in bezug auf die angewandte Wissenschaft, auf die Technik getreten ist. Diese Mittel aber sind die modernen Mittel der Erschliessung fremder Weltteile, der Hebung niedriger Kulturen, der Verbesserung der Lebenslage für Schwarze und Weisse, und es ergeht an das deutsche Volk die Frage, will es hinsichtlich seines Kolonialbesitzes verzichten auf die Stellung, die es sich im heissen, ernsten und edlen Wettstreit erworben hat, die erste zu sein in bezug auf die Geisteswissenschaften, die erste in bezug auf die angewandte Technik. Das ist die grosse Frage der Stunde, und ich bin sicher, wenn sie klar und deutlich der Nation vor Augen geführt wird, wird die Antwort ein energisches Nein sein.

Wenn ein Missmut über die grossen Opfer entstanden ist, so liegt das zum grossen Teil daran, dass es in die breiten Schichten unseres Volkes bisher noch nicht gedrungen ist, was denn eigentlich Kolonisation heisst, weil diese Probleme den Binnendeutschen doch sehr fern liegen. Ich halte es auch nicht für unnützlich, hier ganz kurz darüber zu sprechen. Kolonisation, ganz gleichgültig, ob es sich um Plantagenkolonien oder um Ansiedlungskolonien handelt, heisst die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation und diese ist dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.

Angewandt meint dieser Satz aber, dass das ganze Bild eines solchen in Kolonisation genommenen Landes sich von Grund aus ändert. Es ändert sich zunächst und von dem Gesichtspunkte des Naturhistorikers auch leider die ganze Fauna. Es verschwinden die wilden und gefährlichen Tiere: in den meisten Fällen setzt der Europäer Prämien auf deren Erlegung. Es verschwinden die nicht zähmbaren Nutztiere, die ihres Elfenbeins, ihres Felles usw. wegen erlegt werden, und es treten an ihre Stelle andere Nutztiere, die importiert werden. Mit dem Verschwinden dieser Tiere und der Anzucht anderer ändert sich aber natürlich auch ein Teil der Beschäftigung des Eingeborenen. Ebenso ändert sich die Flora, teils wird sie vom Eingeborenen raubbaumässig ausgebeutet, weil hohe Preise für die Produkte gezahlt werden, z. B. für Gummi, teils fällt sie der wirtschaftlichen Kultur mit besseren Methoden zum Opfer. Der Urwald wird teils ausgerodet, teils forstmässig verwaltet, die Dschungel werden durch Bahnen und Strassen durchbrochen. Aus Gründen der Schifffahrt und der Hygiene werden Wasserläufe korrigiert. Alles dies ändert naturgemäss wieder an seinem Teil auch die gewohnte Lebensweise und die gewohnte Arbeit des Eingeborenen. Dann kommen neue und bis dahin unbekannte Pflanzen, wie der Kakao und der Kaffee, die Baumwolle, der Sisalhanf und der Gummibaum, wenn nicht ganz unbekannt als Spezies, so doch als Varietät und mit ganz neuen Kulturmethoden, und auch denen muss sich nun wieder der Eingeborene anpassen.

Mit diesem allen aber kommt eine neue Obrigkeit mit neuer Sprache und ein neues Recht und nicht zum wenigsten es kommt zu ihm ein neuer Glaube, neue moralische Begriffe und es kommt zu ihm die Schule, Dinge, die zusammen neu auftretend, selbst einen Europäer in Verwirrung setzen würden. Nun ist aber der Eingeborene der wichtigste Gegenstand der Kolonisation, ganz besonders in allen unseren Plantagenkolonien. Denn da die Sklaverei — Gott sei Dank — abgeschafft ist, die geeigneten Arbeiter also nur entweder auf dem Wege des Kontrakts aus anderen Kolonien, oder aus der eigenen bezogen werden können, und die manuelle Leistung des Eingeborenen das wichtigste Aktivum bildet, so liegt hier ein wichtiges Problem. „Ich glaube nicht“ sagte

das englische Parlamentsmitglied Emmont beim vorjährigen internationalen Baumwollkongress in Manchester, „dass ein europäischer Kongress für irgend eine Frage notwendiger ist, als für die einer Behandlung der schwarzen Rassen, die den europäischen Mächten untertan geworden sind.“ Tausende von Jahren haben jene Eingeborenen gelebt von Krieg und der Sklavenjagd, von Jagd und vom Tierfang, von der okkupatorischen Gewinnung wilder Früchte, in den wenigsten Fällen von sehr mühelos wachsenden Pflanzenkulturen. Jahrtausende haben sie ihre eigenen Chefs und deren Gerichtsbarkeit gehabt, Jahrtausende war es ganz in der Ordnung, dass man die Rache am Feinde nahm unmittelbar, dass man Frauen hielt, so viele man bezahlen konnte, dass man die Feinde nicht nur tötete, sondern auch frass. Jahrtausende hat man an die Fetische und die Erdgeister geglaubt. Nun verlangen gewisse deutsche Kolonisatoren, dass innerhalb 30 Jahren oder einem ähnlichem Zeitraum nun diese Menschen alle umgewandelt werden, zivilisiert und produktiv werden nach europäischer Methode, Handel treiben und konsumkräftig werden sollen. Wenn schon die Geschichte aller anderen kolonialisatorischen Nationen das direkte Gegenteil lehrt, so führt eine einfache Ueberlegung zu demselben Resultat.

Meine Herren, das ist das Hauptproblem. Dass dieses eines der schwersten Probleme ist, die es überhaupt zu lösen gibt, zeigt Ihnen die Geschichte der Vereinigten Staaten. Dort haben Sie seit 100 Jahren und mehr eine meistens von der afrikanischen Westküste bezogene schwarze Bevölkerung, also aus den Gegenden wo unsere Kolonien Togo und Kamerun liegen. Seit dem Jahre 1864 hat man diesen Negern die vollen Bürgerrechte eines republikanischen Gemeinwesens verliehen, mehr als 40 Jahre üben sie dieselben aus. Aber wenn man heute fragt, wo kann eine Gefahr für den Bestand der nordamerikanischen Republik und ihrer politischen Verhältnisse liegen, so wird ausnahmslos hingedeutet auf jene Masse von 9 Millionen viertel- und halbgebildeter Neger, die ihre ererbten Eigenschaften nicht verloren, von der Kultur nur diejenigen angenommen haben, die ihre Rechte vermehren, und deren Selbstbewusstsein in den meisten Fällen in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Intelligenz und ihrer Leistung steht, und das sind ausnahmslos christliche Neger in der dritten und vierten Generation, freie Amerikaner in der zweiten. Hier liegt das kulturelle Problem, das ethische Problem, welches wohl wert ist, dass man seine besten Kräfte einsetze. Wenn man mit gewalttätiger Hand eingreift in uralte Lebensgewohnheiten, Familienrechte, wenn man in aller Ehrlichkeit und mit allem Wohlwollen zu Felde zieht gegen den Aberglauben, wenn man Rechtsbegriffe aufpfropft, wo das entsprechende Rechtsempfinden fehlt, wenn man deutsch verwaltet mit der Pünktlichkeit des hohen Rechnungshofs in Potsdam, wenn man die Neger, deren Leistungsfähigkeit in den Tropen teils durch die Ungewohnheit zur Arbeit, teils durch das furchtbare Klima eine beschränkte ist, zu stark anspannt, und wenn man, — ich sage das mit aller Ueberlegung

—, über manche üblen und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen wegsehen kann, so kommt man natürlich in den Zustand des beständigen Konfliktes, und wo man auf selbstbewusste, gut bewaffnete und ihrer numerischen Ueberzahl nach sichere Eingeborene trifft, kommt man selbstverständlich in den Aufstand, den man mit grossen Opfern zu beruhigen hat. Hier hilft nur langsame, verständige, überlegte Tätigkeit besonders befähigter und vorgebildeter Leute, deren Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden darf. Nicht zu viel Vorschriften, keine Bureaucratie, sondern Männer mit gesundem Menschenverstand, freier Anschauung, die nicht zu viele Ziele zugleich im Auge haben und den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist.

Meine Herren: wie hat man früher kolonisiert? Es kam der Händler, es kam die Adventures Company und sie verkauften dem Eingeborenen, was er am liebsten haben wollte, den Schnaps, das „Feuerwasser“, die Feuerwaffen. Man hat damit den Grund zur Zerstörung grosser Massen gelegt. Es ist ja zweifellos, dass manche Eingeborenenstämme gradeso wie manche Tiere in der Zivilisation untergehen müssen, wenn sie nicht degenerieren und Staatspensionäre werden. In unseren deutschen Kolonien sind wir erfreulicherweise mit diesen Elementen nicht zu stark belastet. Aber die Geschichte der Kolonisation der Vereinigten Staaten, doch des grössten Kolonisationsunternehmens, das die Welt jemals gesehen hat, hatte als ersten Akt, die nahezu vollständige Vernichtung der Ureinwohner. Demgegenüber ist es eine Freude, zu konstatieren, dass mit dem kulturellen Fortschritt in der Welt auch die Kolonisationsmethoden eine grosse Wandlung haben durchmachen können. Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar, wie der Arzt, die Eisenbahn, wie die Maschine, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten.

Wir haben erfreuliche Zeugnisse des Wirkens der Missionen in unseren Schutzgebieten, und ich brauche als Bürger eines Staates mit christlicher Kultur mich über die Wichtigkeit dieser Seite nicht weiter auszulassen. Wir haben glänzende Resultate des Arztes. Dem deutschen Arzt ist es gelungen, den gefährlichsten Feind der Weissen, die Malaria, zu bändigen. Nach den neuesten Nachrichten ist es ihm gelungen, einen der gefährlichsten Feinde der Schwarzen, der im letzten Jahre über 300 000 Opfer gefordert hat, der Schlafkrankheit, energisch entgegenzutreten. Er hat ein Mittel entdeckt, um die Rinderpest durch Impfung zu bekämpfen, eine Krankheit, die noch in unserem südwestafrikanischen Schutzgebiete innerhalb 20 Jahren Hunderte von Millionen gekostet hat. Dazu kommt die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge, lauter Feinden unserer wirtschaftlichen Kultur. Wir haben als wichtigstes Kolonisationsmittel die Eisenbahn. Sie nimmt von den Schultern und dem Rücken von Hundert-

tausenden von Trägern die Last, macht sie für andere Tätigkeit frei, verstattet ihre Bewegung nach den Orten, wo die Arbeit gefragt ist, sichert die Gesetzmässigkeit und die Rechtspflege. Die Eisenbahn macht den Eingeborenen konsumfähig. Denn wenn von unseren deutschen Kolonien nur gegenwärtig ein minimaler Prozentsatz, selbst der okkupatorisch zu gewinnenden Güter, seinen Weg nach der Küste findet, der Rest aber verdirbt, so ändert dies die Eisenbahn mit einem Schlage und Hunderttausende, ja Millionen von Eingeborenen werden verdienstfähig und beginnen ihren Verdienst anzulegen in Kulturgütern, die, wenn auch zunächst noch keinen sehr hohen Wert haben, doch einen gewissen besitzen, und die wieder andere Eingeborene dazu anreizen, sich auf dieselbe friedliche Weise in deren Besitz zu setzen.

In den „Mitteilungen der Ost-schweizerischen geographisch-kommerziellen Gesellschaft“ berichtete ein Forschungsreisender vor kurzem über den Einfluss der Uganda-Bahn in dem Deutsch-Ostafrika benachbarten Gebiete auf die Eingeborenen dortselbst. Der Reisende war vor 10 Jahren vor dem Bau der Eisenbahn schon in jener Gegend und konnte nun Vergleiche anstellen. Er schreibt, dass er hoch erstaunt war über die gewaltigen Veränderungen, welche die Eisenbahn besonders unter den Bergvölkern im Innern hervorgerufen hat. In friedlichen Kraalen wohnend, seien die wilden Stämme jetzt vollständig für die Arbeit gewonnen, und viele beginnen bereits englisch zu sprechen. Die vor 10 Jahren zu jeder Arbeit notwendigen indischen Kulis, welche 28 Francs pro Monat kosteten, sind durch einheimische Neger ersetzt, welche für 7 bis 10 Francs monatlich arbeiten. Das zeigte sich übrigens schon bei dem Bau des Endstückes der Eisenbahn, denn von 5115 Arbeitern, welche die Bahnverwaltung im Jahre 1904 beschäftigte, waren schon 2342 Afrikaner und von 4286 Arbeitern im letzten Baujahre 1905 sogar schon 3175 afrikanische Eingeborene. Raubzüge, die früher in dem Gebiete der Eisenbahn an der Tagesordnung waren, sind jetzt infolge des neuen Verkehrsmittels geradezu unmöglich geworden. Dagegen hat der Ackerbau der Eingeborenen und der Export von Körnerfrüchten, Kartoffeln und Bohnen aus dem Innern von Uganda seit 1903 sich verdoppelt und verdreifacht.

Die Technik ist vielleicht die wichtigste Hilfswissenschaft des Kolonisators. Wir haben den Bohrtechniker und den Windmotor, von dem wir mit Sicherheit erwarten können, dass sie das grosse, jetzt als wasserlos geltende südwestafrikanische Schutzgebiet in denselben blühenden Zustand versetzen werden, in dem sich zur Zeit die englische Kapkolonie befindet, die unter ganz gleichen Verhältnissen emporgewachsen ist, aber mangels dieser Hilfsmittel auch hundert Jahre dafür gebraucht hat. Wir haben den Elektrotechniker, der grosse ausbeutungsfähige Wasserkräfte in den Dienst der Kultur spannen wird. Ja sogar die direkte Sonnenwärme zu motorischen Zwecken nutzbar zu machen, ist gelungen, und die Versuche haben sich besonders in Kalifornien unter klimatischen Verhältnissen, die denen von Südwestafrika

ähnlich sind, angeblich nutzbar gezeigt. Wir haben den Geologen, der heute noch unbekannt, aber jedenfalls sehr grosse minerale Schätze finden und dadurch einer grossen Anzahl von Menschen eine lohnende Beschäftigung geben wird.

Unsere Juristen helfen uns, einheimisches Recht und fremden Gebrauch nützlich zusammenschmieden; die vergleichende Rechtswissenschaft, findet auch in Afrika ein ähnlich reiches Feld ihrer Betätigung, wie die vergleichende Völkerkunde und Anthropologie, der wir ja auch bezüglich der Erforschung unserer Schutzgebiete schon manches zu danken haben. Dazu kommen Chemie, Geographie, Botanik, Zoologie usw., die wieder der Landwirtschaftslehre vorarbeiten, in welcher sich ein spezieller Zweig, die tropische Landwirtschaftslehre, ausgebildet hat.

Unsere Theologen und die vergleichende Religionswissenschaft werden unsere Missionen unterstützen in der Erkenntnis der Wege, wie alte Anschauungen durch christliche Begriffe ersetzt werden. Unsere Philologen bringen uns durch Feststellung der Worte und Wortkombinationen das Geistesleben der Eingeborenen näher. Unsere Volkswirtschaftler und Historiker ziehen die Vergleiche mit der Tätigkeit anderer Kolonisationsnationen und werden uns helfen, aus deren Erfahrungen unsererseits ohne teures Lehrgeld zu lernen, wo es nicht etwa durch die absolute Neuheit der Situation notwendig wird. Die Statistik ist, wie auf allen Gebieten der Politik, so auch auf dem der Kolonialpolitik, nicht zu entbehren. Neue Methoden in der Landvermessung stellen die Sicherheit des Besitzes schneller her als wie zuvor.

Diese Beispiele lassen sich willkürlich vermehren und sie zeigen, wie man moderner Weise kolonisieren soll, wie sich bei dieser Kolonisation die angewandte und die theoretische Wissenschaft die Hand zu reichen haben und wie die Fehler vermieden werden können, die unnütze Opfer, viel Blut und mancherlei Schwierigkeiten zu Hause und draussen verursachen. Dieses Fortschrittes wird sich dann schnell der Handel und das Kapital bemächtigen. Eine verständige Regierung wird diese Bahn zielbewusst verfolgen, und die Periode des Uebergangs, in der die Opfer noch den Nutzen überwiegen, wird wesentlich abgekürzt werden.

Es sind aber nicht nur die Wissenschaften, die hundertfältige Beziehungen zur Kolonialpolitik haben. Auch die Kunst findet ein reiches Feld von Aufgaben und Motiven und vermag mit Mitteln, wie sie keine Wissenschaft besitzt, uns diese weit entfernten und wunderbaren Länder und Leute menschlich näher zu bringen. Dichter, die wie Kipling in England, Pierre Loti in Frankreich, ihre Motive ausschliesslich aus den Kolonien nehmen, haben wir freilich noch nicht in Deutschland, und unsere Maler haben es sich bisher noch entgehen lassen, ihre Motive unter dem dankbaren blauen Himmel von Südwestafrika und in den Urwäldern von Togo und Kamerun oder am Kilimandjaro zu holen. Aber da es die Aufgabe der Kunst ist, durch ihre Werke in jedem Menschen das beste und edelste, das in ihm verborgen ist, auszulösen und die Empfindung in das Bewusstsein zu über-

tragen, so hat sie auch in unseren Kolonien eine grosse Aufgabe. Denn uns sind in denselben geschenkt Länder von wilder Schönheit, von einer grossartigen Natur, Tier- und Pflanzenwelt. Es liegt in dem Wesen der Kolonisation, dass sie diesen nicht freundlich ist, dass sie zu einer gewissen Zerstörung und Zurückdrängung hinneigt und aus materiellem Interesse in das Antlitz von Gottes freier Natur hineinzu-korrigieren sucht. Da hat die Kunst die Sendung, den Sinn für das Edle und Schöne in einer freien unberührten Welt zu heben, da wird der Dichter und der Musiker wie der bildende Künstler der deutschen Nation einen grossen Dienst, ihrer ethischen und ästhetischen Empfindung einen grossen Vorschub leisten.

Es soll bei allen diesen Gesichtspunkten nicht vergessen werden, dass die Kolonialfrage zum guten Teile eine Geldfrage ist, und es ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation zu prüfen. Man berechnet, dass das deutsche Reich in 22 Jahren 700 Millionen Mark für seine Kolonien ausgegeben habe. Das macht im Durchschnitt jährlich 30 Millionen Mark jährlich, wobei ganz ausser acht bleiben kann, dass unter den Ausgaben sich auch viele Millionen für werbende Zwecke befinden, sich also noch bezahlt machen werden. In diesen 22 Jahren hat sich das deutsche Nationalvermögen um mindestens 30 000 Millionen vermehrt. Die Ausgaben für die Kolonien betragen also 2 Prozent von dem Zuwachs des deutschen Nationalreichtums während der Zeit der Ausgabenbestreitung. Die Sparanlagen des deutschen Volkes in den öffentlichen Sparkassen betragen zur Zeit jährlich etwa 700 Millionen Mark, und die zeitigen Einlagen in diesen Sparkassen etwa 13000 Millionen. Es betragen also die gesamten Ausgaben für unsere Kolonien in 22 Jahren nicht mehr als der weniger bemittelte Teil unseres Volkes in einem Jahre zurückgelegt hat und durchschnittlich aufs Jahr gerechnet weniger als ein Viertel vom Hundert des Sparkassenvermögens. Wenn die Kolonialpolitik bis jetzt einem besonderen Kreise des deutschen Volkes Vorteil gebracht hat, so ist es der Kreis der Industriearbeiter. Die kapitalistischen Unternehmungen in den Kolonien sind noch zu jung, um schon beträchtliche Gewinne zu bringen. Aber der Handel Deutschlands in seinen Schutzgebieten hat sich günstig entwickelt. Von einem Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete ausser Kiautschou von 100 Millionen Mark gehen etwa für 50 Millionen deutsche Industrieprodukte zur Zeit nach den Schutzgebieten, ausser Kiautschou, wobei nicht in Rechnung gesetzt ist, was an deutschen Waren noch über England, Sansibar usw. nach unseren Kolonien gelangt. Nimmt man an, dass unsere industrielle Ausfuhr nach den Kolonien im Werte von 50 Millionen Mark durch Zahlung von 40 Millionen Mark Löhne fabriziert wird, und dass die Arbeiter etwa $\frac{1}{3}$ des jährlichen Reichsaufwandes für die Kolonien, nämlich 10 Millionen Mark, zu tragen hätten, so würde immer noch auf jede Mark Aufwand 4 Mark Einkommen an Verdienst treffen, das durch die Kolonien bedingt ist. Auf die Gesamtheit der in Deutschland gezahlten Arbeitslöhne von jährlich über $12\frac{1}{2}$ Milliarden

Mark und bei einem Beitrag von $33\frac{1}{3}$ Prozent seitens aller Lohnarbeiter in Deutschland zu den kolonialen Unkosten würden auf jeden Mann mit 1000 Mark Einkommen 80 Pfg. pro Jahr an Beisteuer zu den kolonialen Kosten kommen, das ist der Lohn für eine bis zwei Stunden Arbeit im Jahr. Wir zahlen gern im Interesse unserer Wehrkraft und unserer Machtstellung und für an sich ganz unproduktive Leistungen unser Armee- und Marinebudget. Dasselbe und zwar nur die ordentlichen Ausgaben ohne Neubauten ist 728 Millionen in 1906, also in einem Jahre mehr als uns die Kolonien, die doch werbenden Zwecken dienen, uns in 22 Jahren bei vier grösseren Kriegen gekostet haben.

Aber noch deutlicher wird die Frage illustriert, wenn Sie die Gesamtauslagen für die Kolonien mit dem Nationalvermögen in Vergleich bringen. Dieses Nationalvermögen hat man schon vor 10 Jahren auf etwa 150 Milliarden Mark angesetzt, die Ausgaben für die Kolonien in 22 Jahren sind davon $\frac{1}{2}$ Prozent. Von jeder Mark deutschen Nationalvermögens ist in der ganzen Zeit unseres Besitzstandes $\frac{1}{3}$ Pfg. in unsere Kolonien gegangen. Wer sich diese Ziffern vor Augen hält, kann nicht sagen, dass die Anforderungen, die unser kolonialer Besitz an uns stellt, solche sind, die die deutsche Nation nicht gern und freudig leisten könnte.

Wie die angewandten und die theoretischen Wissenschaften zu einer kolonialen Entwicklung beitragen können, soll an einem praktischen Beispiel auseinandergesetzt werden, und ich wähle dafür gerade unser südwestafrikanisches Schutzgebiet, welches in der letzten Zeit ja im Vordergrund des Interesses gestanden hat.

Weit und breit war und ist auch wohl zum Teil noch die Ansicht vorhanden, dass wir eine Sand- und Steinwüste dort mit Opfern okkupieren, die uns das Land niemals wiedergeben kann. Wäre dies nicht, so argumentiert man, so würde nie dieser lange Küstenstrich der Besetzung durch unsere englischen Nachbarn entgangen sein. Es ist in der Tat geologisch ein merkwürdiges Land; von der Küste einwärts ist zunächst ein 60 bis 100 km breiter Sanddünenstreifen wasserlos, pfadlos, und er ist es, der andere Nationen abgeschreckt hat. Sind doch noch in den letzten Jahren in diesen Dünen eine Anzahl von Europäern verdurstet und verhungert, weil ihre Pfade verweht waren. Zwei Eisenbahnen überwinden diesen sonst tagelang aufhaltenden und grosse Ausrüstung notwendig machenden Streifen jetzt in ein paar Stunden in täglichen Zügen. Das Land selbst nur gering mit Baumwuchs bestanden, ist nur etwa zu Dreivierteln gründlich bekannt; denn jenes letzte Viertel, das Land der Ovambos, ist zur Zeit gesperrt, weil man sich klar ist, dass man mit der bisherigen Methode des Eindringens nur Schwierigkeiten haben wird. Denn die Waffen, die jene Leute besitzen, sind dieselben, wie sie unsere Soldaten besitzen, und wir müssen andere Mittel anwenden, um die Superiorität des Deutschen zu zeigen, diese Mittel habe ich oben angeführt. Der Rest ist grösstenteils ein Weideland. Es ist jetzt ziemlich verödet, aber nicht, wie man annimmt, im

wesentlichen als eine Folge der deutschen Okkupation und der daran sich knüpfenden Kriege, sondern eine Folge der jahrzehntelangen Fehden zwischen den dort wohnenden Hottentotten und Bantustämmen, in denen der räuberische und kraftvolle Hottentotte den schwächeren und durch seinen grossen Viehbesitz unbeweglicheren Herero bedrängt hatte, und eine Folge jener aus dem Innern von Afrika eingeschleppten Rinderpest, der ungeheueren Viehmassen zum Opfer gefallen sind. In manchen Orten, wo man eine Zählung veranstaltet hat, sind bis 98 Prozent der Tiere gefallen. Unsere historische Kenntnis lehrt uns aber, dass unser Schutzgebiet vor nicht langer Zeit bis zu zwei Millionen Stück Rindvieh in einem Werte von etwa 200 Millionen Mark beherbergt hat, einem Wert, den jedes vierte oder fünfte Jahr in voller Höhe wieder reproduziert. Dabei sind während dieser Jahre selbst für den weissen Ansiedler die Produktionskosten eines Stück Rindviehs 25 bis 27 Mk., während der Verkaufspreis heute 300 Mk. ist, der in normalen Zeiten wohl auf 120 bis 100 Mk. zurückgehen dürfte.

Die vergleichende Geologie und Botanik aber lehrt uns, dass Boden und Futterkräuter die gleichen sind sowohl im Norden wie im Süden, wie sie in dem Betschuana-Land bzw. der Karoo der benachbarten Kapkolonie existieren, und die Statistik zeigt uns, dass auf ähnlich grossen Territorien ähnlicher Gestaltung in diesen Ländern etwa 2800000 Stück Rindvieh und zwischen 10 und 11 Millionen Wollschafe und Angoraziegen existieren. Der Ackerbautechniker hat die Qualität dieser Flora festgestellt, er hat aber mehr getan. Fortwährend werden neue Gewächse entdeckt in der ganzen Welt und erfolgreiche Versuche für ihre Anpflanzung in Südwestafrika gemacht, um diesen anscheinend so unertragsfähigen Boden mit hochwertige Produkte liefernden Pflanzen zu besetzen. Manches ist noch im Anfang, vieles vielleicht aussichtslos, aber viele schöne Resultate sind bereits erzielt.

Eine vor mehreren Jahren verloren gegangene Kiste getrockneter Datteln, die auf den Weg gefallen war, zeigt dem erstaunten Wanderer jetzt 3 m hohe Dattelbäume, die schon anfangen, Früchte zu tragen. Es werden Versuche gemacht mit einem mexikanischen Gummistrauch, der Guayoule, deren Erfolg noch dahinsteht, die aber dort in einem Klima, was durchaus ähnlich ist, und auf einem Boden, der nicht besser ist und in gleicher Höhe lagert, als wildes Unkraut gedeiht. Versuche werden gemacht mit den von dem Pflanzenphysiologen Luther Burbank auf dem Wege der Selektion hergestellten stachellosen Kaktus, der nahezu überall in den Kolonien gedeihen würde. Die Tabakanpflanzungen, die denen des Transvaal nachgebildet sind, gedeihen ganz ausgezeichnet in den Flusstälern. Mais und Bohnen, Weizen, Gerbstoffe, Baumwolle und Wein können in grossen Mengen angesetzt werden, und es ist garnicht zu übersehen, wie weit das führen kann, sobald die Wassererschliessung entsprechend fortgeschritten ist. Die aber wird jetzt von dem Bohrtechniker systematisch in die Hand genommen, und es zeigt sich, dass an unzähligen Stellen Südwestafrikas Wasser gut und reichlich

zu haben ist, wenn man entsprechend danach gräbt, und zwar garnicht einmal zu tief gräbt, aber um es zu heben, braucht man dann den Windmotor und dieser wieder braucht, um in das Land zu gelangen, die Eisenbahn. In der Kapkolonie, die reichlich Eisenbahnen besitzt, hat man Wasser durch Bohrungen erschlossen im Jahre 1903 11 Millionen, 1904 10,7 Millionen Liter pro Tag an Quellwasser, an Grundwasser 1903 16 Millionen, 1904 31,8 Millionen pro Tag. Daneben ist der Geologe eifrig an der Arbeit. Kupfer wird erfolgreich gewonnen, viele andere Stellen sind bekannt und werden jetzt prospektiert. Marmor und Diamanten, Goldspuren u. s. w. weisen darauf hin, dass auch da die Geologie noch mancherlei aufzuklären, die Chemie mancherlei festzustellen hat; es wird demnächst ein Laboratorium für diese Zwecke im Schutzgebiet errichtet werden.

Nachdem aber jetzt friedliche Verhältnisse einkehren, ist die Hauptaufgabe: wie werden wir dafür sorgen, dass sich der Stamm der Herero wieder erholt, wie werden wir ihm eine gemässe und der Kultur entsprechende Beschäftigung und eine Lebenssituation, in der er sich wie früher reichlich fortpflanzen kann, schaffen, wie werden wir den Hottentotten ihre Unstetigkeit abgewöhnen und sie von gefährlichen zu nützlichen Bürgern machen. Da kommen dann die Aufgaben des Soziologen und Juristen, des Missionars und des Arztes zusammen, und da können schöne Erfolge erzielt werden.

Vor der Budgetkommission des Reichstags hat der Professor Hahn, ein im Schutzgebiet geborener Deutscher, der seit 40 Jahren in Kapstadt lebt, als chemischer Geologe grosses Ansehen geniesst und als der beste Kenner des Kaplandes gilt, der aber auch unsere Kolonie bereist hat erklärt: „grosse Teile dieser Kolonie sind nach allen Richtungen so gut und aussichtsreich wie die Kapkolonie.“

Meine Herren, was das heisst, möchte ich Ihnen an einigen Ziffern klar machen. Man hat gerechnet, man würde in Deutsch-Südwestafrika niemals eine grosse Anzahl von Europäern ansetzen können. Deutsch-Südwestafrika hat 842 000 qkm, die Kapkolonie hat 495 000 qkm und es leben darauf 350 000 Weisse. Nach dem neuesten Jahrbuch der Weltwirtschaft betrug die Einfuhr in der Kapkolonie im Jahre 1903 700 Millionen Mark. Nun ist ja nicht zu vergessen, dass in der Kapkolonie die grosse Diamantmine von Kimberley liegt, und es noch sehr zweifelhaft ist, ob wir ein ähnliches Diamantvorkommen bei uns finden, soviel Blaugrundstellen wir auch schon entdeckt haben. Ich nehme deshalb von der Ausfuhr die Diamanten aus und stelle fest, dass für 20 000 000 Straussenfedern, für 13 000 000 Angoraziegenhaar, für 37 000 000 Schafwolle und für 23 000 000 Edelmetalle, d. h. im wesentlichen Kupfer ausgeführt worden sind. Der Staat hatte am 31. Dezember 1903 4000 km Staatsbahn in Betrieb, die sich mit durchschnittlich $3\frac{1}{8}$ Prozent rentierten, das Gesamtbudget war 235 000 000 Mark und zeigte einen Ueberschuss von 10 000 000 Mark nach Zahlung sämtlicher Zinsen, Annuitäten u. s. w. für die Eisenbahn.

Meine Herren, wenn wir auch dies alles für Südwest-

afrika sobald nicht erreichen können, so können wir doch einen sehr grossen Teil davon erreichen und wir brauchen kein Budget von 230 000 000 Mark und keine Ausfuhr von 450 000 000 und Einfuhr von 700 000 000 Mark, um den Nachweis zu führen, dass Südwestafrika eine gute Kolonie sein kann. Ich persönlich halte sie, und ich spreche das mit voller Ueberzeugung nach langer Ueberlegung aus, für die sicherste sämtlicher Kolonien in materieller und klimatischer Beziehung, die wir Deutsche besitzen, ungeachtet der wirklich hohen Meinung, die ich auch von dem Rest unseres kolonialen Besitzes habe.

Ein Farmer, Herr Schlettwein aus Südwest, hat uns eine Anzahl von Rechnungen aufgemacht, wie nach seiner Erfahrung sich die Wirtschaft dort gestaltet, und das ist durchaus befriedigend, einfach und sehr vielversprechend. Er selbst ist in wenigen Jahren zu einem reichen Manne dort geworden. Und schon vor zwei Jahren wurden die Aufstandsverluste der verhältnismässig wenigen Ansiedler auf zwanzig Millionen Mark beziffert. Dies beruht auf tatsächlichen Feststellungen.

Wie ich oben davon gesprochen, welche Beteiligung die deutsche Wissenschaft und der deutsche Geist an der Entwicklung der Kolonie nehmen können und sollen, so will ich auch noch kurz darauf hinweisen, wie wichtig dieser Besitz für alle Klassen unserer Bevölkerung ist. Einen wirklichen Nutzen an den Kolonien haben bisher nur die Industriearbeiter gehabt, welche ja jetzt die ganze Kolonialpolitik in Bausch und Bogen verdammen wollen. Von jenen errechneten 700 000 000 Mark, die Deutschland für seine Kolonien ausgegeben hat, ist sicher mehr als die Hälfte, wenn nicht drei viertel, als Arbeitslohn in die Hände der Industrie gegangen und hat direkt die Arbeitsnachfrage vermehrt und auf die Löhne eingewirkt. Aber unsere Industrie wird auch von der Entwicklung der Kolonien weiterhin eine starke Unabhängigkeit gewinnen in bezug auf ihre Rohprodukte und ihren Absatz, und wie wichtig das ist, hoffe ich dieser Tage noch an anderer Stelle ausführen zu können.

Auch die Landarbeiterbevölkerung, die zum erheblichen Teil die Oelfrüchte und anderen Produkte, die den Kolonien eigen sind, konsumiert, wird in ihrer Lebenshaltung erleichtert. Der Zersplitterung unseres Grundbesitzes in Deutschland wird in gewisser Weise entgegengearbeitet. Denn schon jetzt ist eine Anzahl von zweiten Söhnen besser gestellter Landwirte teils unterwegs, teils bereit, nach Südwestafrika und in andere unserer Kolonien auszuwandern und dort neu zu beginnen, um eine Zersplitterung des heimischen Familienbesitzes zu vermeiden. Die Bewegung ist sehr aussichtsvoll, wenn man bedenkt, dass Länderstrecken in Westafrika von $1\frac{1}{2}$ mal der Grösse des Deutschen Reiches für Weisse besiedlungsfähig sind, in Ostafrika nach Rechnung des Herrn Leue ein Gebiet mindestens in der Grösse von Preussen, was dort um so wichtiger ist, als der Boden fruchtbar ist, d. h. eine grosse Anzahl von Siedlern vertragen kann. Der Nutzen für Kaufleute und für die Schifffahrt ist zu offenkundig, um darauf zurückzukommen.

Der Nutzen für die Entwicklung unserer Wissenschaft, der angewandten und theoretischen, ist ganz ausserordentlich. Deshalb handelt es sich, abgesehen von der materiellen Seite der Kolonien in dem gegenwärtigen Zustand um grosse nationale Güter, und es ist notwendig, dass im gegenwärtigen Moment verständige, in der Nation angesehene Leute, wie es im Hamlet heisst: „Zwischen sie und ihr Seel' im Kampf treten“, aufklärend und erleuchtend wirken, die Tatsachen richtig, mit ihren Licht- und Schattenseiten darstellen, und nicht nur selbst die Ueberzeugung von dem sittlichen und wirtschaftlichen Wert unserer kolonialen Arbeit gewinnen, sondern sie auch der neuen Generation mitteilen, auf dass Deutschland der Ehre und des Nutzens, welchen ein blühender Kolonialbesitz mit sich bringen wird, nicht verlustig gehe und hinter seinen Rivalen nicht zurückstehe aus Kleinmut, aus Missverständnis und aus Uebelwollen. Meine Herren, in unserer Nation schlummern — wir haben das bei mancher ernster Gelegenheit gesehen — viele und starke Kräfte, die bereit sind, sich in den Dienst einer grossen nationalen Aufgabe zu stellen. Helfen Sie uns, diese Kräfte zu lösen. An Sie, die Hüter der Kulturgüter unserer Nation, an die Führer und Lehrer unserer heranwachsenden Geschlechter geht im nationalen Interesse unsere Bitte, helfen Sie uns, den Impuls zu erwecken, ohne den nach einem Bismarckschen Worte keine Kolonialpolitik Erfolg haben kann.

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Herr Professor Dr. Delbrück hat das Wort. Er wird Ihnen die Resolution unterbreiten, die Ihnen das provisorische Komitee zur Annahme empfiehlt.

Prof. Dr. Delbrück:

Meine Herren, der Herr Vorredner hat in seinen Darlegungen, die mit überwältigender Kraft die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für Deutschland bewiesen haben, mehrfach hingewiesen auf die inneren Beziehungen dieser Politik zu Wissenschaft, Kunst und Technik. Ich kann an diesen Gedanken anknüpfen, indem ich Sie hinweise auf den besonderen Zusammenhang, den die Krise in unserer Kolonialpolitik zu dieser Versammlung hat, zu dem Ursprung und der Zusammensetzung dieser Versammlung, die einberufen ist eben von hervorragenden Männern aus den Kreisen der Wissenschaft, Kunst und Technik. Unter den mannigfachen Leiden, über die das deutsche Volk in seinem heutigen Dasein zu klagen pflegt, spielt eine erhebliche Rolle die Zersplitterung der Parteien. Es ist gewiss, dass den politischen Führern der Staatsgeschäfte dadurch ihre Tätigkeit erschwert wird, aber man kann sagen, dass in einem Volke, in dem alles politische Leben sich nur auf 2 Parteien verteilt, eine Wirkung eintritt, die zu zuweitgehender Vereinfachung der Lebensanschauungen führt. Es ist nicht gut, wenn das ganze Volk darauf angewiesen ist, sich in eine solche Schablone hinein zu gewöhnen.

Der Reichtum des Volkes besteht in seinem Reichtum an Individualitäten. Wenn wir uns über die Partei-Zersplitterung beklagen, so sollten wir darüber nicht vergessen, dass gerade hierdurch das grössere lebendige Leben hervorgerufen wird, das, wenn es schon zuweilen Unbequemlichkeiten bringt, doch auch einmal seine Frucht tragen wird. Die Zersplitterung der Parteien hat nun noch den weiteren Erfolg gehabt, dass weite Kreise unseres Volkes sich vom Parteigetriebe vollständig zurückgezogen haben. Die Parteien sind zu unbedeutend und haben keine Anziehungskraft, und selbst in ihrer Vielseitigkeit findet der Deutsche in seinem grenzenlosen Persönlichkeitstriebe noch nicht immer seine Unterkunft. So können wir es denn beobachten seit Jahrfünften und Jahrzehnten, dass weite Kreise, namentlich aus den heute hier versammelten Schichten der Bevölkerung, sich vom direkten politischen Leben zurückgezogen haben, nicht aus Indolenz, nicht aus Mangel an Interesse am Heile des Landes, sondern weil ihnen das praktische Parteigetriebe nicht anziehend genug ist. Dass diese Zurückhaltung nicht aus Mangel an politischer Gesinnung entspringt, das hat sich immer von Zeit zu Zeit dann gezeigt, wenn das deutsche Volk in eine Krise getreten war und die öffentliche Meinung aufgerufen wurde, sich auf sich selbst zu besinnen. Dann kamen plötzlich aus dem Dunkel und der Tiefe des Hintergrundes ungeahnte Kräfte hervor, und diese haben dann stets einen wesentlichen Einfluss auf den Gang unserer Geschichte gehabt. (Bravo!) Ueberdenken Sie die Vergangenheit, so erkennen Sie sofort, dass derartige Bewegungen keineswegs immer zugunsten der Regierung gewesen sind. Ich erinnere Sie daran, dass vor 14 Jahren gerade eine Regierungsvorlage durch eine solche Bewegung zu Fall gebracht worden ist. Man darf keineswegs behaupten, dass die Kreise, um die es sich hier handelt, immer in sich einig gewesen seien; so mögen heute viele unter uns sein, die die damalige Aktion bedauerten. Dennoch erinnere ich daran als Beweis, wie durchaus unabhängig und spontan diese Aeusserungen erfolgten und wie wir diese Unabhängigkeit auch für unsere heutige Bewegung in Anspruch nehmen dürfen. Darin aber besteht ihr Wert, dass sie aus der Tiefe der persönlichen Ueberzeugung stammt, die damals wie heute mit ihrem Gewicht in die Wagschale gelegt wurde. (Bravo!) Es sind im wesentlichen die Kreise der Wissenschaft, Kunst und Technik, aus denen die Anregung zu dieser Versammlung hervorgegangen ist. Wir dürfen weiter hinzufügen, dass nicht nur mehr oder weniger ausserhalb der Parteien stehende Persönlichkeiten den Aufruf zu der heutigen Versammlung erlassen haben, sondern dass auch mancher Parteimann — nicht Parteiführer, die wir mit Absicht ausgeschlossen haben! — hinzugezogen ist, dass mancher Parteimann unter uns weilt. Ich will nicht die Namen verlesen, von denen der Aufruf unterzeichnet ist, aber jeder, der mit dem öffentlichen Leben vertraut ist, kann aus den Unterschriften ersehen, dass darunter Persönlichkeiten sind, die teils mit der entschiedenen Rechten, wie auch mit der entschiedenen Linken zusammengehen. Das ist uns der Beweis, dass wir für eine Forderung eintreten,

die über alles Parteileben hinausgreift, wahrhaft nationaler Natur ist. (Sehr richtig!)

Wenn wir nun fragen: In welcher Form wollen wir versuchen, unsere Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, so können wir eigentlich sagen, wir könnten uns damit begnügen, dass wir zusammengetreten sind und diese Kundgebung veranstaltet haben. Das Zusammentreten der Herren, die sich in dieser Versammlung vereinigt haben, wird an sich schon auf weitere Kreise Eindruck machen. Die Persönlichkeiten, die die heutige Einladung unterschrieben haben, sind diejenigen die auch sonst im geistigen Leben Deutschlands genannt werden und wo in der weiten Welt heute deutsche Leistungen gepriesen werden, da sind es diese Namen an die sie sich knüpfen. Alle Gebiete des geistigen Lebens unserer Zeit finden Sie hier vertreten. Wo solche Männer in solcher Zahl zusammenstehen von rechts bis links, da ist es von vornherein ganz unmöglich, dass sie sich bloss einer Illusion hingeben oder auf einem Irrwege sind (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Es ist von vornherein ein Argument, dem sich niemand entziehen kann. Selbst wenn dieser Wahlkampf nicht den günstigen Erfolg haben sollte, den wir uns von ihm versprechen, kann eine Regierung, wenn sie solche Kräfte hinter sich hat, überzeugt sein, dass ihr die Zukunft gehört, dass sie auf dem richtigen Wege ist und dass sie zum Ziel gelangen wird unter allen Umständen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind übereingekommen, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen, die unseren prinzipiellen Ueberzeugungen Ausdruck gibt; aber auch praktische Ziele wollen wir mit unserm Vorgehen verbinden. Es ist natürlich für unser Volk, das so spät erst zur Grossmacht geworden ist, und selbst als das Reich geschaffen war, noch eine ganze Generation nur darauf zu achten hatte, den Frieden für sich und die Kulturstaaten zu erhalten, dass es erst spät und ganz allmählich begriff und anfang danach zu handeln, dass es neben den andern grossen Kulturnationen teilzunehmen habe an der Weltmachtspolitik. Eine natürliche Folge davon ist, dass in weiten Kreisen dieses Empfinden dieser Aufgabe erst allmählich zum Bewusstsein gekommen ist, und dass diese Vorstellung noch nicht genügend in die Massen gedrungen ist. Nun haben wir den bedauerlichen Beschluss unseres Reichstages, der doch nun einmal unsere Vertretung war. Er ist die Folge davon, dass es noch nicht gelungen ist, das Volk aufzuklären, über seine neuen Aufgaben, die doch zugleich die nationale Ehre sind. — Denn die nationale Ehre ist für ein Volk die Erfüllung seiner nationalen Aufgabe in einem weltgeschichtlichen Beruf! (Lebhafter Beifall.) Dieses Verständnis zu verbreiten, lassen sich bereits die Parteien und grosse Vereine angelegen sein — die Kolonialgesellschaft, der Flottenverein haben ja schon ähnliche Bestrebungen und schöne Leistungen darin aufzuweisen. Dennoch mussten wir uns sagen, der Stoff ist noch zu spröde, die Augen und die Ohren unseres Volkes sind noch zu wenig geöffnet — hier ist noch Raum etwas zu tun auch für uns; in dieser Richtung kann nicht genug geschehen. Die anderen Vereinigungen haben einen Teil anderer Aufgaben daneben. Vielleicht steht

ihnen auch hier und da ein Vorurteil im Wege. Die Parteien machen Parteipolitik. Sollen wir nun durch diese Versammlung noch ein weiteres neues Organ schaffen, das an dieser Aufklärung mitarbeitet? — Wir schlagen Ihnen vor, ein Komitee einzusetzen, es mit Mitteln auszustatten, dass es die Propaganda aufnehme und vertiefe. (Bravo!)

Wenn man nun etwa fragt, ob bei der Kürze der Zeit bis zum Wahltag überhaupt noch eine wirksame Tätigkeit entfaltet werden kann, so kann ich Sie darauf verweisen, dass bereits vorgearbeitet ist und dass es sich nur noch um Ihren Beschluss handelt und um Bewilligung der Mittel. Morgen können wir schon eintreten in die Agitation, die besonders eine literarische sein wird. (Beifall.)

Alle unsere Zwecke wollen wir zusammenfassen in dem Beschluss, den ich mir nunmehr erlauben werde, zu verlesen, indem ich seine Genehmigung beantrage. Der Beschluss dieser Versammlung möge lauten:

In Erwägung, dass ein grosses Kulturvolk, wie das deutsche, sich nicht dauernd auf Binnenpolitik beschränken kann, sondern neben den anderen grossen Nationen an der Kolonial- und Weltpolitik teilnehmen muss;

In Erwägung, dass die späte Bildung des deutschen Reiches als Nationalstaat unser Volk erst in allerjüngster Zeit an diese Aufgabe hat herantreten lassen und infolgedessen weiten Kreisen die uns auferlegte weltgeschichtliche Pflicht noch nicht zum Bewusstsein gekommen ist;

In Erwägung, dass die Mehrheit des Reichstags, welche die Forderungen für Südwestafrika ablehnte, nicht bloss unsere weltpolitische Stellung, sondern auch das Gebot der nationalen Ehre verkannt hat;

In Erwägung, dass bei den bevorstehenden Neuwahlen die Frage von der höchsten Bedeutung sein wird, und Deutschland eines Reichstags bedarf, der nicht kleinmütig und zögernd, nicht nach den Bedürfnissen der Fraktionstaktik, sondern mit der Entschlossenheit, die das Bewusstsein eines hohen Zieles gibt und verlangt, an diese Fragen herantritt —

beschliesst die Versammlung, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verständnis für die Kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.) Diesen Antrag bitte ich Sie am Schlusse der Versammlung einmütig anzunehmen. (Grosser Beifall und lebhaftes Zurufe.)

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Diesen Antrag bitte ich nachher anzunehmen. Ich erteile jetzt das Wort Prof. Schäfer, der vom historischen Standpunkt aus das Thema beleuchten wird.

Prof. Dr. Schäfer:

Nachdem die Darlegungen Sr. Exzellenz mit so herzerfrischem Beifall aufgenommen wurden, und nach dem Beifall, den Sie soeben Prof. Delbrück gespendet haben, kommt, da Sie Ihre Herzensmeinung und Ansicht so deutlich

kundgegeben haben, weiteres Reden mir fast überflüssig vor. Es kann nicht viel mehr gesagt werden, als was in den Hauptpunkten schon dargelegt ist. Ich will daher die mir zugewiesene Aufgabe, Sie hinzuweisen auf die Weltlage, in der sich die koloniale Bewegung der Gegenwart widerspiegelt, tunlichst kurz zu lösen versuchen. Bei unserer Kolonialpolitik handelt es sich nicht um Wollen oder Nichtwollen des Einzelnen. Wir stehen mitten in einer gewaltigen Bewegung, die alle Nationen ergriffen hat, die wir mitmachen müssen, wollen wir von ihr nicht überflutet werden. Sie wissen alle, dass die Welt zur Zeit vergeben ist. Dieser Zustand der vollständigen Verteilung der Erde ist noch sehr jung; erst im letzten Menschenalter hat er sich herausgebildet. Denken Sie zurück an die Zeit, wo die deutsch-französischen Schlachten geschlagen wurden, aus denen unser Reich erstand; damals gab es in Afrika nur im äussersten Süden und Norden, um das Kap und in Algerien, einen grossen Kolonialbesitz. Was sonst Europäern gehörte, waren Handelsfaktoreien ohne Anspruch auf weite Landstrecken. Heute finden Sie in ganz Afrika nur noch Abessinien und die sogenannte Neger-Republik Liberia, die von sich selbst aus regiert werden; alles andere ist in den Händen der Europäer. Ein Gebiet, dreimal so gross wie Europa, ist im Laufe eines Menschenalters, richtiger in den letzten 25 Jahren, vollständig verteilt worden. Und richten Sie Ihre Blicke nach Asien, so finden Sie, dass ziemlich um die gleiche Zeit, als in Deutschland die ersten Schritte unternommen wurden zur Begründung des Reiches, zum Teil zusammenfallend mit den entscheidenden Ereignissen von 1866, die Russen sich jener grossen Gebiete bemächtigten, die wir unter den Namen Turkestan und Transkaspien zusammenfassen und die bis dahin selten den Blick der Europäer auf sich gelenkt hatten. Sie haben ihre Grenzen vorgerückt über Wüsten, Seen, Gebirge und weite Anbauflächen, und die Engländer sind ihnen in gleicher Weise, mit den Waffen in der Hand, von Indien her entgegengekommen. Jetzt, nach 40 Jahren, stossen russisches und englisches Gebiet unmittelbar aneinander. Zwischenländer gibt es nicht mehr. Ein Gebiet ist zur Aufteilung gelangt, das halb so gross ist wie Europa. Sie wissen auch, dass das chinesische Reich von allen Seiten her gleichsam bei lebendigem Leibe verspeist wurde, bis Japan Einhalt getan hat. Trotz seiner Niederlage behauptet Russland noch jetzt in Nordchina weiten Besitz, den es im letzten halben Jahrhundert erworben hat. Hinterindien ist fast ganz in der Hand der Europäer, während es vor 30, 40 Jahren noch seine einheimischen Herrscher hatte. In Australien sind Neu-Guinea und die benachbarten Inseln Besitz europäischer Mächte geworden. Es ist nirgends mehr etwas zu vergeben, und das im unmittelbaren Anschluss an eine Zeit, wo in England, der grössten europäischen Kolonialmacht, die Abneigung nicht nur gegen Erwerb, sondern auch gegen Besitz von Kolonien weiten Boden gewonnen hatte, ja herrschend geworden war. Es war geschehen im Anschluss an die Freihandelsideen. Sie hat ihre grössten Siege in England er-

fochten in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es hiess, im Grunde seien die Kolonien nur eine Last; Handel treiben könne man mit ihnen auch, wenn man sie nicht besitze; man spare dann Geld, brauche keine Mittel für Kriegszwecke usw. Ich brauche nur an die Namen Stuart Mill und John Bright zu erinnern, die Richtung zu kennzeichnen. Robert Peel hat sich um 1850 zu ihr hinübergeneigt. Als Disraeli-Beaconsfield zum erstenmal Mitglied eines Kabinetts war (1852), hat er den Ausspruch getan: Die Kolonien sind Mühlsteine an unserm Hals. Seeley, der Vertreter englischer Expansion, suchte den Besitz Indiens zu rechtfertigen mit der Erwägung, dass die Kultur des Landes englischen Schutz brauche. Bis in den Anfang der 80er Jahre hinein hat diese Strömung gedauert. Noch 1880 konnte Allen fragen: Why keep India? Und an diese Periode schliesst sich unmittelbar die Zeit, die letzten 25—30 Jahre, in der England fast die Hälfte seines gegenwärtigen Kolonialbesitzes sich angeeignet hat. Der Grund liegt allein darin, dass auch andere Völker ihre Hände ausstreckten nach Kolonialland. Es sind in einigen Tagen fünf Jahre, dass Waldeck-Rousseau, der damalige französische Minister-Präsident, vor den Industriellen von St. Etienne, als er ihnen die Leistungen und Errungenschaften der Republik auseinandersetzte, unter lebhaftem Beifall erklären konnte, dass Frankreich seit dem Sturze des Kaisertums seinen Kolonialbesitz von 800000 auf 10 Millionen Quadratkilometer vermehrt habe, vom $1\frac{1}{2}$ fachen Frankreichs auf das 18—19fache. Für die Franzosen ist die Niederlage von 1870—71 ein Sporn gewesen, ein Kolonialreich zu errichten, wie sie es nie besaßen, ohne dass sie darum das verlorene Grenzland aufgeben oder vergessen hätten. Sie besitzen grosse Kolonien in Hinter-Indien, noch weit grössere in Afrika. Vom Kongo, vom Senegal, von Algerien und von Dahomé aus haben sie sich ein Gebiet angeeignet fast so gross wie Europa, dazu ganz Madagaskar genommen. Erst nach ihnen kamen die Deutschen. Als diese in den Jahren 83, 84, 85 anfangen, einige bescheidene Kolonien zu erwerben, entschlossen sich die Engländer, nun neben jeden deutschen oder französischen Grenzpfahl einen englischen zu setzen und möglichst alles in Besitz zu nehmen, was noch zu haben war. In seiner grossen Historischen Geographie der britischen Kolonien spricht es Lucas, einer der Leiter des englischen Kolonialamts, offen aus: For better or worse, a pride or a burden to the coming generation, we must retain it, wohl oder übel, ob ein Stolz oder eine Last für die kommenden Geschlechter, wir müssen behalten, was sonst Franzosen oder Deutsche nehmen wurden. Dass dies nicht ein Zug ist, der sich nur bei den alten, europäischen Völkern entwickelt hat, das zeigt deutlich das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind in sich selbst befriedigt, mehr als irgend ein anderer Staat es sein kann. Sie haben Boden daheim in Hülle und Fülle zu neuer Siedlung. Lange hat man sie für den Friedenstaat an sich gehalten, einen Staat ohne Kriegsmacht, nur durch den Willen seiner Bürger geleitet. Das Urteil hat sich gewandelt seit dem spanischen Kriege von 1898. Als damals

am 30. Juli die Friedenspräliminarien vereinbart wurden, da war von der Abtretung der Philippinen nicht die Rede; die Entscheidung über sie sollte späterer besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben. Im Oktober hielt Mc Kinley dann auf der internationalen Ausstellung in Omaha City die denkwürdige Rede, in der er den Amerikanern sagte: Wir müssen die Verantwortung auf uns nehmen; wir können sie nicht abwälzen, auch wenn wir möchten; wir müssen sie mutig und weise tragen und die Bahnen der Pflicht wandeln; es ist eine Pflicht für unsere Zukunft. Gegen allen völkerrechtlichen Brauch kam Amerika nachträglich mit der Forderung, die Philippinen abzutreten. Also auch bei einem Volke, das überreichlich Raum besitzt, fest in sich und stark ist, das es nicht nötig hat, die Hand nach aussen zu strecken, die Auffassung: Die Erde wird vergeben, wir müssen Besitz ergreifen von Land, das noch zu Gebote steht und uns nützlich und notwendig sein kann. Sollten wir allein zurückstehen, uns zurückdrängen lassen, während Völker, die in kolonialer Tätigkeit eine jahrhundertlange Erfahrung haben, Kolonien erwerben, wo und wie sie nur immer können? Sollen wir zurückstehen wie kleine Nationen, die aus der Not eine Tugend machen müssen? Das kann niemand erwarten und würde kein urteilsfähiger Fremder verstehen. Was wir erwarben, erwarben wir mit gutem Grunde; wir wollen und müssen es behaupten. Die Zeiten sind vorüber, wo man ernstlich vom Aufgeben und Liquidieren reden konnte. Wer heute solche Ansichten vertritt, ist rückständig, völlig rückständig. Die Zukunft gehört denen, die die Gegenwart verstehen. Seien Sie davon überzeugt, dass auch unsere Nation ihren Teil von der Erde haben wird. (Lebhaftes Bravo.)

Von Sr. Exzellenz ist eingehend dargelegt worden, welchen Wert unsere Kolonien besitzen. Ich will nur noch an zwei Beispielen zeigen, wie sehr man irren kann in der Beurteilung grosser Länder, und dass es eine Torheit, eine Leichtfertigkeit ist, über Gebiete in einem Atem abzuurteilen, die grösser sind als Deutschland, wie man seiner Zeit von Ostafrika gesagt hat, es sei nichts wert, wo es gesund sei, und ungesund, wo es etwas wert sei. Die Beispiele entnehme ich aus der Geschichte Amerikas. Alaska ist lange als ein Land angesehen worden, wie es ein traurigeres nicht geben könne. 1867 wurde Alaska seitens der Amerikaner den Russen um 7 200 000 Dollar abgekauft. Im Kongress begegnete die Vorlage heftigem Widerspruch. Es wurde gesagt, Alaska sei ein unwirkliches, elendes, Gott verlassenes Land, an unhabitable, wretched, godforsaken country. Man solle den Russen das Geld geben und sie bitten, das Land zu behalten; wenn das nicht geschehen könne, solle man es irgend einer europäischen, asiatischen, afrikanischen Macht anbieten und sie bitten, Geld und Land zu nehmen. Das waren die Ansichten, die damals vertreten wurden. Und jetzt? In Alaska liegt Klondike! Aber schon allein der Pelzhandel und der Fischfang haben den Amerikanern alljährlich mehr Ertrag gebracht, als die ganze Kaufsumme betrug.

Das andere Beispiel ist Oregon, das nach langen Ver-

handlungen zwischen England und Amerika 1846 für Amerika gewonnen wurde. Die Beurteilung dieses Gebietes war ebenfalls eine höchst abfällige, die Aktion stiess auf ähnlichen Widerstand, wie die spätere betreffs Alaska. Mac Duffie erklärte im Senat, für ein derartiges Land, zu dem man nur über 700 Meilen regenlosen, sandigen Bodens gelangen könne, das von Gebirgen starre und in das eine Eisenbahn zu führen, die Schätze Indiens nicht ausreichen würden, gebe er nicht eine Prise. Was dieses Land jetzt für die Vereinigten Staaten bedeutet, wissen Sie alle. Diese Hergänge warnen, voreilig abfällige Urteile über ausgedehnte Länder zu fällen, die dem ersten Blick wertlos erscheinen.

Es liegt für uns eine Pflicht vor, um die Wohlfahrt, die Zukunft unseres Volkes besorgt zu sein. Es ist aber auch eine Ehrenpflicht, Land nicht aufzugeben, das unser ist und um das Blut unserer Söhne geflossen ist. Wie würden wir dastehen in der Welt, wenn wir unseren Platz draussen verlassen wollten! Wir würden zum Spott der Nationen werden, und andere würden sich sofort an unsere Stelle setzen. Aber noch eine andere Pflicht gilt es dort zu erfüllen, die Pflicht der Menschlichkeit. Mit Staunen liest jeder auch nur einigermaßen Kundige, was im Reichstage gesagt wird über die Misshandlungen der Schwarzen. Gerade das Zentrum ist zuerst kolonialfreundlich geworden mit Rücksicht auf die früheren grauenvollen Zustände in jenen Gebieten. In den ersten Jahren unserer Kolonialpolitik war es ausgesprochen kolonialfeindlich. Im Oktober 1888, als der Aufstand in Ostafrika ausgebrochen war, als man ernstlich den Gedanken erwog, die Kolonien aufzugeben, kam der französische Kardinal Lavigerie auf die Katholikenversammlung nach Köln, und seinen Darlegungen über die Bedeutung auch der deutschen Kolonisation für die Missionen und über die Notwendigkeit der Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklavenjagden ist es besonders zuzuschreiben, dass das Zentrum kolonialfreundlich wurde. Die Greuel des Sklavenhandels sind jedem bekannt, der jemals eine Reisebeschreibung gelesen hat. Tausende und aber Tausende wurden grausam von ihren Angehörigen fortgerissen, die Familien vernichtet, die Gefangenen in Fesselhölzer geschlossen, gekettet und so in monatelangen Märschen zur Küste geschleppt. Das waren die Zustände, die wir alle noch erlebt haben. Die europäische und nicht zuletzt die deutsche Kolonisation hat ihnen ein Ende gemacht, diesen Schandfleck afrikanischen Lebens getilgt. Und auch noch bis in die unmittelbare Gegenwart hinein ist Afrika heimgesucht worden von menschenmordenden, einheimischen Gewalthabern. Wir wissen nicht allzu viel von innerafrikanischer Geschichte. Aber das hat sich unter unseren Augen mehr als einmal abgespielt, dass Gewaltmenschen von überlegener Kraft des Körpers, des Geistes und des Willens unter den Schwarzen grosse Reiche zusammengebracht haben, zusammengebracht unter entsetzlichen Greueln, durch Vernichtung ganzer Stämme, Verödung ganzer Länderstrecken. Es sind noch nicht ganz 7 Jahre, dass die Franzosen den letzten derartigen Machthaber, den Rabbeh, im nördlichsten Zipfel unseres Kamerun-

Gebietes mit grosser Mühe besiegt haben in einem Kampfe, in dem dieser selber fiel. Vom Kongo, von Senegambien, von Algerien her waren sie vorgegangen, ihn einzuschliessen und zu vernichten. Zwei Jahre früher hatten sie im Nigerbogen das Gewaltreich des Samory zerstört, das auch erst nach 1880 zusammengebracht worden ist. Die Engländer haben 1893 dem Reich des Lobengula ein Ende gemacht, das dessen Vorgänger, Mosilikatsi, an der Spitze der Matabale begründet hatte. Auch das Reich des Muata Jambo, das des Kazembe, das des Kama sind Bildungen neuerer Zeit. Alle diese Reiche sind geschaffen worden unter Greueln entsetzlicher Art, Greueln, wie sie die europäische Geschichte auch aus ihrer frühesten Vergangenheit nicht kennt. Ihre Wahrzeichen sind Schädelbäume und schädeltragende Dorfzaun-Palissaden. Als Livingstone 1863 den südlichen Teil unseres jetzigen Ostafrika durchzog, fand er ein gut bevölkertes und wohl angebautes Land. Die ersten unserer Landsleute, die in jene Gegend kamen, fanden sie verödet und fast ohne Bodenkultur. Wandernde Räuberhorden hatten sie inzwischen heim-gesucht. Die Geschichte Afrikas vor der europäischen Herrschaft, das will sagen, bis an unsere unmittelbare Gegenwart heran, ist wahrlich nicht die friedlichen Zusammenlebens der Stämme und Völker. Das ist sie geworden und wird sie immer mehr werden durch die Aufrichtung europäischer Macht. Unsere moderne Kultur mag gelegentlich zur Hyperkultur werden, sie ist für Afrika doch kein leerer Schall; sie bringt dem schwarzen Erdteil unendlichen Segen. Wenn man sich die früheren Zustände vergegenwärtigt, so steht einem wirklich der Verstand still, wenn im Reichstage lang und breit diskutiert wird, ob ein Schwarzer ein paar Stockstreichche zuviel bekommen hat. Vom Köpfen und Töten unter allen möglichen Martern zum Gebrauch des Stocks als Zuchtmittel ist ein zweifelloser Fortschritt. (Zustimmung.)

Meine Herren! Es ist mehr als eine Pflicht, die hier in Frage steht, die Pflicht, für unseres Volkes Wohlfahrt, für unsere Zukunft zu sorgen, die Pflicht gegen die Ehre der Nation, die wir nicht preisgeben dürfen, die Pflicht gegen die Menschheit, der ein grosses Volk sich nicht entziehen kann. Diese Pflichten müssen wir auf uns nehmen, die Last der Herrschaft, wie Rudyard Kipling seine Engländer ermahnt, tragen, Opfer bringen, wenn es nötig ist. Von Aufgeben unseres Besitzes kann nur ein Tor reden. Was wir haben, müssen wir halten und weiter ausgestalten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Professor Schmoller:

Professor Sering hat das Wort, er wird die Frage vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten.

Prof. Dr. Sering:

Meine Herren, ich habe die Absicht, eine Antwort zu finden auf folgende Fragen, die für die Klärung der Meinungen in dem jetzt schwebenden politischen Kampfe von entscheidender Wichtigkeit sind:

1. Warum ist Deutschland zuletzt unter den europäischen Staaten, nicht vor dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Kolonialmacht geworden?

2. Was gab den Anlass zum Erwerb unserer Kolonien?

3. Welches ist der Wert dieses Besitztums in politischer, volks- und weltwirtschaftlicher Beziehung?

Dass Deutschland erst 400 Jahre nach der Entdeckung Amerikas in die Reihe der kolonisierenden Völker eingetreten und sein überseeischer Besitz deshalb geringer ist als derjenige der Engländer oder Franzosen, daran trägt derselbe Geist die Schuld, der jetzt die Mittel für eine kraftvolle Kolonial- und Machtpolitik verweigert und gegen den zu Felde zu ziehen wir uns anschicken. Die am lautesten die angebliche Wertlosigkeit unserer Kolonien verkünden, sind deshalb am wenigsten berechtigt, sich darauf zu berufen.

Jede Kolonisation bedingt ein Zusammenwirken privater Tatkraft und kollektiver Machtentfaltung, und von Anfang an ist der Wettkampf um die neu entdeckten Gebiete des bewohnbaren Erdballes eine Sache der grossen Nationalstaaten gewesen, die sich gerade in diesem Kampfe zu straffen Einheiten zusammenschlossen. Die Deutschen dagegen verharrten, wie ihre Schicksalsgenossen, die Italiener, in den vom Mittelalter überkommenen kommunalen und landschaftlichen Lebensformen, in politischer Zersplitterung und Parteiung. So und nicht anders ist es gekommen, dass die beiden im Zeitalter der Entdeckungen höchstentwickelten und reichsten Völker Europas, die einzigen, die es im Mittelalter verstanden hatten, durch Kolonisation ihre Herrschaft auszubreiten — von jenem Wettkampf einfach ausgeschlossen blieben.

Es ist aber grossen Völkern nicht vergönnt, als unbeteiligte Zuschauer zur Seite zu stehen, wenn sich weltgeschichtliche Umwälzungen vollziehen. Hier gilt der Satz, dass, wer nicht Hammer sein will, zum Ambos wird. In derselben Zeit, als England den Grund zu seinem Weltreich legte, als andere Staaten ihrem Volkstum weite Gebiete errangen, ward Deutschland zum meistmisshandelten Lande Europas. Soll ich daran erinnern, wie seine blühenden Gefilde immer wieder der Verwüstung anheimfielen, wie seine Flussmündungen in fremde Hände gerieten, das reiche Erbe Lübecks auf Amsterdam und bald auf London überging? In den verarmten Städten verkamen Handwerk und Kunst, die ost- und süddeutschen Bauern verfielen der Herrschaft lokaler Gewalten, der Leibeigenschaft. Armut, Philistertum und Unfreiheit auf der einen, Klassendünkel auf der andern Seite wurden zum Merkmal deutschen Lebens. Es war die Zeit gekommen, in der Wohlstand und Freiheit nur noch unter dem Schutze starker Staaten zu gedeihen vermögen.

Wie der Ausschluss Deutschlands von der Teilnahme an der neuen Welt, so ist sein endlicher Eintritt in die koloniale Tätigkeit eine Folge seiner aus Kampf und Sieg hervorgegangenen Einigung und der glänzenden Entwicklung gewesen, welche die geeinigte Nation mit ihrem Aussenhandel, ihrer Industrie und Schifffahrt rasch an die Spitze der europäischen Festlands-

staaten führte. Denn das wachsende Bewusstsein der eignen Kraft und des eignen Wertes liess es schmerzlich empfinden, dass Millionen und aber Millionen unserer besten Bürger, die als Kolonisten hinauszogen, in fremde Nationen aufgingen und deren Reiche bauen halfen, dass überall der deutsche Kaufmann und Unternehmer draussen als Fremdling an zweiter Stelle stand, dass er in unzivilisierten Ländern eines kräftigen Schutzes und unsere Kriegsflotte eigener Stützpunkte entbehren musste. Als deshalb zu Anfang der 80er Jahre hansische Kaufleute Schutz für ihre Niederlassungen an der afrikanischen Westküste und in Polynesien begehrten, und bald der Antrag einiger unternehmender junger Leute um Anerkennung ihrer Gebietserwerbungen in Ostafrika folgte, war es ein notwendiger Ausdruck nationalen Ehrgefühls, dass Fürst Bismarck diesem Verlangen stattgab. Was die nationale Ehre gebot, ist dann mehr und mehr als eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit erkannt worden, als eine wahre Lebensfrage für Deutschland.

Denn die Wandlungen der Verkehrstechnik haben im 19. Jahrhundert alle Massstäbe erweitert, welche an die territoriale Grundlage nationaler Staatenbildung und Wohlstandsentwicklung zu legen sind. Das Zeitalter, dem die Nationalstaaten Europas und ihre Kämpfe untereinander ihren Stempel aufdrückten, geht seinem Ende entgegen. Die rasche Besiedlung von bisher nur an den Rändern besetzten, nun aber durch die Eisenbahnen im Innern aufgeschlossenen grossen Kontinenten, die Besiedelung Nord-Amerikas, der La Plata-Gebiete, Sibiriens, Kaplands u. s. w., hat den Schwerpunkt der Bevölkerungsvermehrung europäischer Rassen bereits ausserhalb Europas verlegt. Wir sehen wahre Weltreiche entstehen, welche mit Hilfe der Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen ganze Erdteile und weit zerstreute Dependenz der Herrschaft einheitlicher, politischer und wirtschaftlicher Systeme unterwerfen, Staaten, die entweder schon jetzt mehrere 100 Millionen Einwohner zählen, oder doch in absehbarer Zeit zählen werden.

Sie alle sehen wir in starker Ausbreitung begriffen und schwere Kriege nicht scheuen, um neue Territorien ihrer Herrschaft anzugliedern. Die ausserordentliche Macht der neuen Weltreiche, an ihrer Spitze der Vereinigten Staaten, liegt nicht lediglich in der grossen Volkszahl, sondern in der erstaunlichen Fülle und Mannigfaltigkeit ihrer natürlichen Reichtümer, sie sind weniger als die anderen auf deren Ergänzung durch Einfuhr von aussen her angewiesen. Das Mass der Unabhängigkeit aber bestimmt die Stellung eines Landes in der Welt. So steht die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung unter dem Gesetz des Fortschreitens von engeren zu weiteren Räumen. Und die Völker, welche sich diesem Gesetze zu entziehen suchen, sind gerade so in Gefahr, von den Weltreichen überflügelt und in Abhängigkeit gebracht zu werden, wie dereinst die deutschen Städte und Landschaften von den neu entstehenden Nationalstaaten. Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht. Schon jetzt sind die Amerikaner in der Lage, gelegentlich allen anderen die Preise für wichtigste

Rohstoffe, Baumwolle und Kupfer, schon jetzt, in den Handelsverträgen den schwächeren Kontrahenten die Austauschbedingungen vorzuschreiben. Gerade in Ländern wie Nordamerika mit kompaktem Territorialbesitz und den mannigfaltigsten Hilfsquellen herrscht aber auch die stärkste Neigung, sich nach aussen wirtschaftlich abzuschliessen und alle ihre Erwerbsmöglichkeiten durch eigene Industrie vollständig auszunutzen.

Stets hat aber die wirtschaftliche schliesslich auch eine politische Abhängigkeit nach sich gezogen. Heinrich von Treitschke hatte deshalb Recht, wenn er sagte: „Für die Zukunft der Welt ist die Kolonisation ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird es abhängen, in welchem Masse ein jedes Volk an der Beherrschung der Erde teilnehmen wird. Es ist sehr gut denkbar, dass ein Land, das gar keine Kolonien hat, garnicht mehr zu den europäischen Grossmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.“

Hieraus ergeben sich die Gesichtspunkte für die Beurteilung unseres kolonialen Besitzes: Er soll verhüten, dass die natürlichen Schätze des Erdballs zu einem Monopol einiger weniger Völker werden, soll uns neue Elemente der Unabhängigkeit sichern, indem er uns eigene Rohstoff- und Absatzgebiete erschliesst. Die Kolonien sollen unserer Bevölkerung ein erweitertes Tätigkeitsfeld verschaffen und zu jenem Ellbogenraum verhelfen, der den letzten Grund für den grossen und freiheitlichen Lebenszuschnitt in England und den Vereinigten Staaten bildet. Die Deutschen sind vermöge ihres raschen Wachstums, der Kleinheit und Unergiebigkeit ihres eigenen Landes ganz besonders darauf angewiesen, einen erweiterten Spielraum für ihr Volkstum und ihre Volkswirtschaft zu gewinnen.

Sind unsere Kolonien geeignet, dieser Aufgabe zu genügen? Sie umfassen freilich weniger Land und Bevölkerung als die englischen oder französischen Kolonien, als das nordamerikanische oder russische Reich. Immerhin sind sie fünfmal so gross wie das Deutsche Reich, sie haben 12 bis 13 Millionen farbige Einwohner, und je genauer unsere Kolonien erforscht werden, um so deutlicher tritt hervor, dass sie keineswegs von schlechterer Beschaffenheit sind als die anderen Kolonialreiche, genauer, dass das Verhältnis des durch Ackerbau und Viehzucht nutzbar zu machenden Landes zu den unbrauchbaren Wüstenbezirken nicht ungünstiger ist als dort. Hochwertige Bezirke bilden überall nur kleine Bruchteile des Ganzen; Landschaften, wo die Kultur mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, machen überall den Hauptteil der Kolonien aus. Von Britisch-Nordamerika ist nur der 10. Teil anbaufähig, von der riesigen Fläche Sibiriens und Zentralasiens vielleicht der 14. Teil. Australien ist nur an den Rändern bewohnbar, Ostindien als ein ganzes kaum vor dem tropischen Afrika bevorzugt. Und in den afrikanischen Besitzungen Englands und Frankreichs ist der Prozentsatz des fruchtbaren Landes nicht grösser als in unseren. Freilich ist eine Einschränkung zu machen. Keine unserer Kolonien ist für eine absehbare

Zeit geeignet, eine wirkliche Masseneinwanderung deutscher Ackerbauer aufzunehmen, wir dürfen deshalb nicht darauf rechnen, dort ein verjüngtes und vergrössertes Abbild des Mutterlandes entstehen zu sehen. Gewiss hat der Herr Kolonialdirektor mit Recht auf die Erfolge hingewiesen, die in Südwestafrika mit der Wassererschliessung durch Bohrungen und Stauwerke an vielen Stellen zu erzielen sind. Ich habe die erstaunlichen Wandlungen beobachten können, welche die künstliche Bewässerung in den Steppen- und Wüstengebieten des westlichen Amerika hervorbrachte. Im grossen und ganzen wird aber Deutsch-Südwestafrika, vom Bergbau abgesehen, ein Land der Steppen-Viehzucht bleiben; aus ihr können unter den heutigen Bedingungen vielleicht 10000 deutsche Grossbauern ein reichliches Auskommen finden. Auch in den Höhendistrikten Ostafrikas werden, wie heute feststeht, deutsche Bauern in grösserer Zahl mit der Zeit anzusiedeln sein. Aber im übrigen handelt es sich, wenn wir den Hafensplatz Kiautschou ausser Betracht lassen, um echte Tropenbezirke, in denen der Weisse auf körperliche Arbeit verzichten und sich auf die Rolle des leitenden Unternehmers und Beamten, des Lehrers, Missionars u. s. w. beschränken muss.

Es ist schwer, mit drei Worten ein genaues Bild von den Produktionsmöglichkeiten dieser Gebiete zu geben. Die Verhältnisse sind sehr mannigfaltig. Neben ausgedehnten Steppen mit geringeren Niederschlägen besitzen wir weite, reich bewässerte Bezirke, an der Küste von Kamerun eines der regenreichsten Gebiete der Erde mit 7—9 und 10 m Regenhöhe im Jahre. Ich will mich darauf beschränken, einige der wichtigsten Rohstoffe zu nennen, welche heute schon von unseren Tropengebieten in erheblichem Umfang geliefert werden. In allen Steppengebieten Ost-Afrikas gedeiht die Sisalagave, deren Hanf von der Tauwarenindustrie sehr geschätzt wird. Die plantagenmassige Produktion von Kautschuk, den die elektrische, die Maschinen-, die Automobil-Industrie in wachsenden Mengen gebraucht, greift in den regenreichen Gebieten, in Neu-Guinea, Samoa, Kamerun, Teilen von Ost-Afrika, rasch um sich und ersetzt allmählich die raubbaumässige Gewinnung durch die Eingeborenen.

Oel- und Fettpflanzen verschiedener Art wachsen ziemlich überall. Etwa 5% unseres beträchtlichen Netto-Imports kommen aus unseren Kolonien.

Durch die Arbeiten des kolonialwirtschaftlichen Komitees ist festgestellt, dass die Baumwolle in Togo, in den höheren Lagen von Kamerun, besonders aber im Süden von Ost-Afrika, und zwar dort die hochwertige ägyptische Baumwolle gedeiht. Heute erscheint die Erwartung begründet, dass Afrika dereinst das nordamerikanische Monopol brechen wird, und wir selbst einen Einfluss auf die Preisbildung dieses so wichtigen Rohstoffes gewinnen werden. Dieselbe Hoffnung begründen für Kupfer die reichen Erzlager in Süd-Westafrika. Nimmt man hinzu, dass in Kamerun Kakao, in Usambara Kaffee ausgedehnten Anbau finden, wenn sie auch unter Schädlingen und niedrigen Preisen zu leiden haben, dass Mais und Reis in Massen von den Eingeborenen gewonnen werden, in Süd-

west die Wollschafzucht sich vor dem Aufstand in bester Blüte befand, und wir in den Waldbeständen der Tropen ein grosses Exportmaterial besitzen, so wird man sagen müssen: es lohnt sich, diese Kolonien zu entwickeln. Sie sind in der Tat geeignet, unser Volk für wichtige Rohstoffe unabhängiger zu stellen, sie bedeuten eine wesentliche Vermehrung der natürlichen Reichtümer, die unserem Volke zur Verfügung gestellt sind, alles in allem eine grossartige Erweiterung unseres national gesicherten Arbeitsfeldes.

Aber es ist noch sehr wenig geschehen, um diese Reichtümer zu heben. Ich sehe dabei von der erfreulichen Entwicklung Kiautschou's ab, das wir als Eingangstor für die nord-chinesischen Märkte vor 9 Jahren erwarben. Im übrigen haben wir uns in den ersten zehn Jahren unserer Kolonialtätigkeit wesentlich darauf beschränkt, eine minimale Verwaltung einzurichten und kleinere Expeditionen in das Innere zu schicken. In den letzten zehn Jahren hat sich das Interesse für die Kolonien zwar mehr und mehr belebt, es sind zahlreiche Plantagengesellschaften und Einzelunternehmungen begründet, in den Tropenkolonien mit Einschluss der Südseeinseln 183 Millionen Mark investiert worden; dazu kommen etwa 31 Millionen Kapitalanlagen des Reichsfiskus. So ist die Ausfuhr der drei wichtigsten, der afrikanischen Tropenkolonien in den letzten zehn Jahren auf das 2 $\frac{1}{2}$ fache, von 9,7 auf 23 Millionen Mark gewachsen. Doch im Vergleich mit der grossen Ausdehnung und Ergiebigkeit der verfügbaren Flächen sind dies alles sehr kleine Summen. Obwohl von den landwirtschaftlichen Exporten der afrikanischen Tropenkolonien etwa $\frac{6}{7}$ Kulturen der Eingeborenen entstammen, ist deren grosse Masse vom Verkehr noch fast unberührt und lebt in vollständiger Naturalwirtschaft. Von den 4—500 000 exportierten Doppelzentnern musste das allermeiste noch auf Negerköpfen mehrere Tagereisen, wertvolle Waren mussten in Märschen von 30 bis 60 Tagen nach der Küste geschafft werden. Es fehlt also an Verkehrsmitteln, an Eisenbahnen. Bisher sind glücklich drei kurze Stichbahnen von 100 bis 200 km Länge, davon zwei aus Reichsmitteln für das 995 000 qkm grosse Deutsch-Ostafrika, eine in Togo — hier bekanntlich unter Zinsgarantie der Kolonie, die bereits finanzielle Ueberschüsse abwirft — gebaut worden.

An der so unzulänglichen Ausstattung trägt aber nicht bloss der Reichstag, sondern ebenso der Bundesrat und die bisherige Kolonialverwaltung, man kann sagen das ganze Volk die Schuld; denn das Verständnis für die Grösse der zu lösenden Aufgabe ist noch wenig verbreitet.

Vergegenwärtigen wir uns das weltwirtschaftliche Problem, an dem mitzuarbeiten wir berufen sind. Zwei Perioden der Kolonialgeschichte sind ohne unsere direkte Beteiligung vorübergegangen. In der ersten, die fast bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts dauerte, griff die intensivere Nutzbarmachung der okkupierten Gebiete für die europäische Kultur nur entlang den grossen Strömen weit über die Küstenränder hinaus. Der Einfluss des kolonialen Handels auf das Wirtschaftsleben von Europa — wenigstens des Festlandes —

blieb deshalb, vom Edelmetallhandel abgesehen, verhältnismässig gering. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte mit den Eisenbahnen: die Emanzipation von den Wasserstrassen, die Aufschliessung und Besiedlung der Bezirke von gemässigtem und subtropischem Klima im Innern der Kontinente, und daraus erwuchs ebenso die schwere Konkurrenz für die Landwirtschaft, wie die fast sprunghafte Industrieentwicklung der letzten Jahrzehnte in Westeuropa, besonders auch in Deutschland. Aber die Kolonialgebiete der gemässigten Zone werden selbst mit grosser Raschheit zu Industrieländern, und es ist, von aller Handelspolitik abgesehen, nicht darauf zu rechnen, dass unser Absatz dorthin sich in dem Tempo der Besiedlungszeit weiter entwickeln wird. Auch haben alle jene Siedlungsgebiete die Tendenz, zu selbständigen Staaten zu werden, soweit sie es noch nicht sind.

Heute nun steht die Kultur Menschheit vor einer neuen, der letzten kolonialisatorischen Aufgabe: die tropischen Binnengebiete der grossen Kontinente, Südamerikas, vor allem auch Afrikas aufzuschliessen und sie einer planvollen Nutzung zuzuführen. Eine kolossale Mehrung des allgemeinen Reichtums, der für unsern Bedarf verfügbaren Güter steht davon zu erwarten. Ist doch die Züchtung von Tropenpflanzen erst seit kurzem zum Gegenstand wissenschaftlichen Nachdenkens geworden. Wir haben umsomehr Anlass, an die neue Aufgabe frischen Mutes heranzutreten, als die Erschliessung der Tropen nicht eine Gefährdung unserer eigenen Bodenkultur, wohl aber eine dauernde Stärkung unserer Industrie in Aussicht stellt. Denn so sehr die tropische Sonne die Vegetation begünstigt, so sehr erschwert sie die arbeitsintensive Industrietätigkeit. Schon Friedrich List hat die Tropen für die Rohstoffproduzenten der Zukunft erklärt. Hier scheint sich wirklich eine endgiltige Arbeitsteilung zwischen Agrar- und Industriestaaten anzubahnen. Alle jene Gebiete sind aber auch von Rassen bevölkert, welche nicht vermochten, aus eigener Kraft eine Rechtsordnung zu schaffen, Freiheit und Eigentum genügend zu sichern. Deshalb ist ihre politische Beherrschung durch die Kulturvölker die Voraussetzung für ihre eigene Kultivierung und für die Herstellung einer wirklichen Weltwirtschaft. Und alles spricht dafür, dass die Tropen dauernd dieser Herrschaft unterworfen bleiben. Deshalb werden die Anstrengungen, das Blut und das Geld, die wir unseren Kolonien zuwenden, auch dauernd unserm Volke zu Gute kommen, wenn nur die Kolonien selbst uns erhalten bleiben. Zuerst hat England die neue Situation begriffen, stehen doch heute an der Londoner Stock-Exchange die Kolonialwerte ganz im Vordergrund.

Das zentrale Mittel zur wirtschaftlichen Erschliessung und zur Sicherung der Herrschaft über weite Territorien ist aber der Bau von Eisenbahnen — in der heissen noch viel mehr als in der gemässigten Zone. Denn die Herstellung und Unterhaltung guter Strassen ist im Gebiet der tropischen Regengüsse ungefähr ebenso teuer, wie von Eisenbahnen, und die Zugtiere unterliegen dort vielerlei Gefahren. Nicht anders, als durch die Einbeziehung in den grossen Verkehr, kann der Zustand der Naturalwirtschaft durchbrochen, kann ein Anreiz

geschaffen werden, dass die Eingeborenen über den eigenen Bedarf hinaus produzieren und zu Käufern für unsere Industrieprodukte werden. Vereinigt sich mit diesem Anreiz der gelinde indirekte Arbeitszwang, welcher durch die Hüttensteuer ausgeübt wird, so ist zu hoffen, dass bei geeigneter Belehrung aus den Eingeborenen allmählich ein tüchtiger Kleinbauernstand wird, neben den sich die Plantagenunternehmer als fortschreitende und richtunggebende Leiter von Grossbetriebe stellen.

Eisenbahnen, die solch' allgemeinen Zwecken dienen, pflegen erst in späterer Zeit Reinerträge zu bringen und erfordern deshalb den Aufwand erheblicher staatlicher Mittel. Nicht überall liegen die Verhältnisse so günstig wie in den südwestafrikanischen Kupferdistrikten, welche die Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft durch ihre 570 km lange Strecke auf eigene Kosten aufschloss. Wenn die Vereinigten Staaten die Pacificbahnen durch grossartige Subventionen förderten, wenn die Engländer aus Reichsmitteln die 940 km lange Ugandabahn herstellten, die hauptsächlich aus unseren volkreichen Gebieten am Viktoriasee die Frachten erhält, während Britisch-Ostafrika an Ertragsfähigkeit weit hinter dem deutschen Schutzgebiet zurückbleibt, so hätte Deutschland als das klassische Land der Staatsbahnen erst recht Veranlassung, mit öffentlichen Mitteln für die Herstellung jener Durchgangslinien zu sorgen, welche erst eine wirkliche Besitznahme der von uns beschlagnahmten weiten Gebiete bedeuten würden. Die Lasten, die eine grosszügige Kolonial- und Machtpolitik dem deutschen Volke auferlegt, werden durch die davon zu erwartende Förderung des allgemeinen Wohlstandes reichlich wieder eingebracht. Freilich ist eine gerechte Verteilung dieser Lasten unter kräftiger Heranziehung der besitzenden Klassen zu fordern.

Ich will nicht auf die Beschuldigungen eingehen, welche wegen Behandlung der Eingeborenen durch einzelne Beamte erhoben worden sind. Vieles davon ist auf Rechnung der Schwierigkeit zu setzen, die richtigen Formen für die Ausübung der Herrschaft über unzivilisierte Menschen zu finden. Vieles hat sich als masslose und leichtfertige Uebertreibung erwiesen. Aber wenn alle diese Beschuldigungen zuträfen, würde daraus nicht die Berechtigung zu dem letzten Reichstagsbeschlusse abzuleiten sein, welcher die Zahl der vor dem noch nicht überwundenen Feinde stehenden Soldaten herabmindern wollte. Würde dieser Beschluss die Zustimmung der Nation finden, so ergäbe sich daraus eine Gefährdung nicht nur unseres südafrikanischen Besitztums, sondern unserer Kolonien überhaupt und unserer Stellung in der Welt. Denn das liesse Zweifel aufkommen daran, dass wir entschlossen sind, jeden uns aufgezwungenen Kampf bis zum Ende durchzufechten und unsere Herrschaft, wo wir sie aufgerichtet haben, auch zu behaupten. In dem Beschluss der Reichstagsmehrheit ist wieder jener engherzige Parteigeist und jene philisterhafte Gesinnung zum Ausdruck gekommen, denen das deutsche Volk so viel Schmach und Elend zu verdanken hat. (Bravo.) Wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, dass die

Voraussetzung alles Wohlstands, aller Freiheit und alles Fortschritts liegt in dem festen Zusammenstehen der Nation nach aussen hin und in ihrem Willen zur Macht. (Lebhafter Beifall.)

Afrikaforscher C. G. Schillings:

Meine Herren! Mit Recht hat Herr Professor Delbrück heute einen Appell an uns gerichtet, Mann für Mann in dieser Stunde im Interesse einer Reichstagswahl tätig zu sein, die dem — sprechen wir es offen aus — durch die jüngsten Vorgänge empfindlich verletzten Ehrgefühl des deutschen Volkes Genugtuung gibt. Die Pflicht tritt an uns heran, einzutreten für unsere Kolonien, und jeder Einzelne von uns hat die Pflicht, in der Oeffentlichkeit aufklärend zu wirken, angesichts der heute leider noch immer so grossen Gleichgiltigkeit weiter Kreise der grossen und weitsichtigen kolonialen Idee gegenüber. Meine Herren, erlauben Sie mir, mich kurz zu fassen: im Anfang unserer Kolonialaera galt es, mit allen Mitteln für die so ganz neue koloniale Idee Interesse zu erwecken. Es kann nicht geleugnet werden, dass eine allzu optimistische Beurteilung in bezug auf schnelle Erfolge vielfach dazu beigetragen hat, eine Stimmung zu erzeugen, welche die in der letzten Zeit eingetretenen Rückschläge als etwas — ich möchte sagen — Unerhörtes und Ausserordentliches zu betrachten geneigt ist. Aber wenn es gilt, einer neuen Idee den Weg zu ebnen, so kann das nur geschehen, wenn man in der Oeffentlichkeit mit einer gewissen Begeisterung für die betreffende Sache eintritt. Ich leugne nicht, dass vielleicht in dieser Beziehung hier und da des Guten zuviel geschehen ist. Seit ich gewisse Teile unserer Kolonien genauer kennen gelernt habe, habe ich allzu optimistischen Auffassungen niemals Raum gegeben. Es schien mir vielmehr, als wenn allein eine langsame, zielbewusste und stetige Entwicklung all der Hilfskräfte jener gewaltigen Gebiete auf die Dauer erspriessliche Resultate gewährleisten würde. Unsere afrikanischen Besitzungen allein haben einen Flächenraum von etwa 2391000 Quadratkilometern. Dass ein solch gewaltiges Gebiet nicht mit einem Schläge aus dem Zustande absoluter Unkultur in ein prosperierendes und sofort rentierendes neues Kulturland verwandelt werden könne, schien mir klar. Ich habe nicht ohne Besorgnis die so oft gehörte fälschliche Ansicht bedauert, dass Kolonien sofort und in kurzer Zeit prosperieren müssten. Diesen Forderungen und Erwartungen stehen ja aber die mannigfachsten Schwierigkeiten entgegen, so vor allen Dingen die klimatischen Verhältnisse und die ausserordentlich schwierige Frage der eingeborenen Arbeiter. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass weite Gebiete unserer afrikanischen Besitztümer nicht zur europäischen Einwanderung geeignet sind, doch auch hier gilt es, die Eingeborenen zu brauchbaren Hilfskräften der europäischen Kultur vor allem anzulernen. Wieder andere Gebiete werden mit Hilfe der immer fortschreitenden Technik und der Möglichkeit der Bekämpfung tropischer Krankheiten in mehr oder minder bedingtem Masse zur Einwanderung tauglich sein. Vor allem scheint dies der

Fall zu sein in Südwestafrika, einem Lande, in dem auch das Pferd, jene so wichtige Hilfskraft des Kulturmenschen, auf die Dauer existieren kann. Es scheint die Behauptung nicht unberechtigt, dass die Existenzmöglichkeit dieses Tieres in tropischen Ländern auf die Dauer auch die Existenzmöglichkeit des Europäers involviert.

Wie dem aber auch sei, wir dürfen vor allen Dingen keinen Augenblick vergessen, dass die dauernden Fortschritte der Wissenschaft und der Technik die Behauptung nicht ungerechtfertigt erscheinen lassen, dass vielleicht in absehbarer Zeit eine Besiedelung ausgedehnter Gebiete eintreten kann, die wir bisher als mehr oder minder von einer intensiven Besiedelung als ausgeschlossen erachteten. Es gilt aber vor allen Dingen dann über solche Gebiete zu verfügen, und warum sollten wir unsere gewaltigen kolonialen Gebiete als wertlos erachten, weil bisher der eine oder andere Fehler in bezug auf ihre Verwaltung gemacht worden ist. Haben nicht andere Nationen dieselben Fehler begangen? Liegt es nicht in der Natur der Dinge, dass solche Fehler gemacht werden müssen? Ich muss es mir hier versagen, der Kürze der Zeit halber auf Einzelheiten einzugehen, möchte vielmehr nur die Frage der Behandlung der Eingeborenen mit wenigen Worten erwähnen.

Die Eingeborenenfrage ist naturgemäss von ausserordentlicher Wichtigkeit. In Deutsch-Südwest-Afrika haben wir es erlebt, ein wie gefährlicher Gegner der durch einen langen Kontakt mit der europäischen Kultur im modernen Sinne wehrkräftig gewordene Eingeborene werden kann.

Es kann nun aber nicht das Ziel moderner, kolonialer Entwicklung sein, den Eingeborenen bis zu einem Punkte in die Opposition zu treiben, der es gebieterisch erfordert, als ultima ratio ihn vom Erdboden zu vertilgen, bzw. in jahrelangen Kriegen bekämpfen zu müssen. Es gilt vielmehr, ihn der Kultur geneigt, willig und dienstbar zu machen. Das ist nun zweifellos eine ausserordentlich schwierige Aufgabe, die vor allen Dingen stabile Verhältnisse in bezug auf das System notwendig macht, welches ihn direkt zu beherrschen berufen ist, mit ihm in unmittelbarem Kontakt gelangen muss.

Ich verstehe darunter die unmittelbar mit ihm in Berührung kommenden vorgesetzten Europäer.

Die Macht der Missionare über die Eingeborenen beruht vor allen Dingen darin, dass der ohnehin patriarchalische Behandlung ausserordentlich zugängliche Schwarze in ihnen mit Männern zu tun hat, die ihn auf das Genaueste kennen lernen und in den meisten Fällen dauernd auf einem Posten verharren und so den grössten Einfluss auf die Eingeborenen gewinnen. Dies System kann nun aber aus den verschiedensten Gründen vielfach in bezug auf unsere Beamten bisher nicht angewandt werden. Meine Herren, ich sehe in dieser Angelegenheit einen Hauptfehler, der bisher gemacht worden ist. Es ist undenkbar, dass ein Mann, der sich vielleicht jahrelang in ein ohnehin schwieriges Sprachgebiet eingearbeitet und allmählich die oft sehr komplizierten Verhältnisse seines Bezirks kennen gelernt hat, nach seiner Beurlaubung und

Rückkehr aus Europa in ein ganz anderes heterogenes Gebiet versetzt, sich hier mit neuer Spannkraft und Initiative in so ganz neue Verhältnisse einarbeiten kann.

Aus diesem ewigen Wechsel unserer Beamten resultiert ein „Nichtverwachsensein“ möchte ich sagen, mit den einschlägigen Verhältnissen. Jeder Mann mit afrikanischer Erfahrung weiss, dass der persönliche Einfluss dem Eingeborenen bekannter, und vertrauenswürdiger erscheinender Europäer von allergrösster Bedeutung ist und garnicht genug gewürdigt werden kann! Eine ganz genaue Kenntnis des Charakters der betreffenden Stämme, ein eingehendes Studium der oft ausserordentlich verzwickelt liegenden politischen Verhältnisse der einzelnen Länder, ein grosses, persönliches Ansehen und langjähriger Aufenthalt in den einzelnen Gebieten allein können eine ersichtliche Einwirkung von seiten des Europäers auf die Dauer gewährleisten. Die Pflichten, die dem das Land so vollkommen umwälzenden, den Eingeborenen aus allen seinen ihm lieb gewordenen Begriffen hinausdrängenden Europäer als dem neuen Herrn des Landes erwachsen, sind ausserordentlich vielseitig und er sollte nicht vergessen, dass er nicht lediglich als Usurpator dem Ureinwohner entgegen treten darf, vielmehr seine Liebe und sein Vertrauen als neuer Herr erringen muss, will er anders auf die Dauer ihn ohne die äussersten kriegerischen Zwangsmassregeln regieren.

Bei der Vielfältigkeit und den ausserordentlich verschiedenen Verhältnissen unserer kolonialen Besitztümer wird es auf lange Zeit nicht möglich sein, ein einheitliches Verfahren in bezug auf die Verwaltung in Anwendung zu bringen. Vielmehr muss das von Fall zu Fall zweckmässigste Verhalten den Eingeborenen gegenüber in Anwendung gebracht werden, und es scheint mir dringend notwendig, dabei auch vor allen Dingen auf die eingeborenen Behörden, auf die angestammten Häuptlinge und die herrschende Kaste als zweckmässige und billige Hilfskräfte für die Beherrschung des Landes zurückzugreifen. Stärkt man das Ansehen der eingeborenen Häuptlinge, so vermag man auf die Bevölkerung einen ausserordentlichen Einfluss auszuüben und es muss dabei den Häuptlingen zu verstehen gegeben werden, dass sie für das Verhalten ihrer Leute einzustehen haben. Um auch im Ernstfalle die Autorität diesen eingeborenen Fürsten gegenüber aufrecht erhalten zu können, muss selbstverständlich über eine genügende militärische Macht verfügt werden. Es ist aber durchaus nicht notwendig, dass diese Macht stets an ein und derselben Stelle ihren Einfluss ausübt, vielmehr wird bei richtiger Anwendung dieses Machtmittels ein zeitweises Erscheinen hier und da im Lande vom nachhaltigsten Eindruck und grösster Wirksamkeit auf die Eingeborenen sein. Eine ausserordentlich wichtige Frage ist ferner die Frage der tüchtigsten Entwaffnung der Eingeborenen.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass der gesamte europäische Einfluss in weiten Kreisen Afrikas lediglich ein suggestiver ist und sein kann. Es ist unangängig, die Eingeborenen mit der gefährlichen Waffe des Europäers, mit der Feuerwaffe zu bewaffnen. Sie muss unter allen Umständen

und tunlichst ihren Händen entzogen werden. Ich habe diesen Standpunkt schon seit Jahren auch für Ostafrika auf das Energischste vertreten und das uns heute in Süd-Westafrika vor Augen geführte Beispiel beweist die Richtigkeit meiner Anschauung. Auch die Anwendung von Vorderladern ist den Eingeborenen möglichst zu versagen. Es liegt kein Grund vor, sie nicht bei ihren altgewohnten Waffen noch lange Zeit zu belassen: Kenntnis der Vorderlader führt sie in kurzer Zeit zu dem Wunsche, Hinterlader zu besitzen.

Unter dem Einflusse der eingeborenen Häuptlinge wird es auf Jahre hinaus viel leichter sein, unter den Eingeborenen brauchbare Arbeiter für die europäische Arbeit zu gewinnen, als wenn man den Versuch machen wollte, von heute auf morgen in wenigen Jahren die Eingeborenen vollkommen umzumodeln. Alle diese Punkte vermag ich hier nicht eingehender zu behandeln. Eins aber dürfte jedermann ohne weiteres klar sein: Gewaltige koloniale Besitztümer können nicht entwickelt werden, ohne weit ausschauende Gesichtspunkte! Parlamentarische Gesichtspunkte von Fall zu Fall in ihre Entwicklung hereinzutragen, erscheint nicht angebracht. England entwickelt seine Kolonien seit Jahrhunderten und seit Jahrhunderten besitzt es eine parlamentarische Regierung. Ein Eingreifen aber des englischen Parlamentes in der Art und Weise, wie wir es vor kurzem im Vaterlande erleben mussten, ist dort nicht Sitte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass, wie ich schon eingangs erwähnte, in den wenigen Jahren unserer kolonialen Vorschulung — wie ich es nennen möchte — eine Reihe von mehr oder minder grossen Fehlern gemacht worden sind. Aber kein Volk der Erde würde solche Fehler nicht gemacht haben. Eins aber, meine Herren, scheint mir unbedingt notwendig, eine feste zentrale Leitung unserer kolonialen Unternehmungen: ein koloniales Ministerium. Nur von einer solchen Zentralstelle aus kann mit fester Hand eine stetige Entwicklung der gewaltigen von uns erworbenen exotischen Gebiete erfolgen. Dass wir aber diese nicht etwa aufgeben dürfen, dass wir sie fortschreitend entwickeln und nutzbringend gestalten müssen, ist angesichts des internationalen Wettbewerbs auf kolonialen Gebiete für eine Macht wie Deutschland so sehr erforderlich, dass es überhaupt ausserhalb der Diskussion steht. Wir haben einen jährlichen Ueberschuss von beinahe einer Million Köpfen. Es gilt, neue besiedelbare Länder aufzuschliessen, um, soweit es tunlich, diesen Ueberschuss an Menschen dorthin zu lenken. Es gilt unserer Industrie neue Absatzgebiete zu eröffnen, auch in den weiten Länderstrecken, die für eine europäische Ansiedlung nicht in Frage kommen.

Alles dies hat mit eiserner Konsequenz, stetig, langsam, und unter Berücksichtigung aller der schwierigen in Frage kommenden Verhältnisse zu geschehen. Intensiv müssen gewisse Gebiete in Angriff genommen werden — andere weitab gelegene Gegenden sollten dabei möglichst lange sich selbst überlassen bleiben. Eine allzu schnelle generelle Behandlung aller der komplizierten Fragen, könnte zu ebensolchen Enttäuschungen führen, wie eine sachgemässe, langsame, stetige

Behandlung dieser Fragen Erfolg verbürgen wird. Fordern wir aber nicht, dass ein so schwieriges Unterfangen wie die für uns gebieterisch notwendig gewordene Kolonisierung gewaltiger exotischer Gebiete von heute auf morgen Zinsen abwerfen soll. Das ist angesichts des gewaltigen Umwälzungsprozesses, dem wir fremde Erdteile zu unterwerfen haben, nicht gerechtfertigt. Treffen wir aber vertrauensvoll alle Massnahmen um durch Schaffung einer zentralen mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten und verantwortlichen Behörde jene erste Bedingung zu erfüllen, die zur gedeihlichen Entwicklung unserer Kolonien erforderlich ist: nur die Schaffung eines von grossen Gesichtspunkten geleiteten und unabhängigen Kolonialministeriums kann auf die Dauer eine gedeihliche Entwicklung unserer Kolonien gewährleisten.

Angesichts aber einer über 30jährigen Friedensperiode in kleinlicher Weise kriegerische Ereignisse zu bejammern, die so bedauerlich sie auch sein mögen, doch notwendige Folge jeden Eindringens eines überlegenen Kulturvolks in fremde Länder sind, und aus ihrem Eintreffen nunmehr für die Dauer an einer gedeihlichen Entwicklung der Kolonien verzweifeln zu wollen, meine Herren, das zeugt von einem Kleinmut, der des deutschen Namens wahrhaftig nicht würdig ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, dass der neue deutsche Reichstag sich aus Männern zusammensetzen wird, die sich dieser lebenswichtigen Frage nicht verschliessen werden (Beifall).

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Professor Brunner hat das Wort.

Geh Justizrat, Prof. Dr. Brunner:

Meine Herren, erwarten Sie von mir keine juristischen Erörterungen! Ich habe den Juristen in mir heute gemäss Verabredung zu Hause gelassen (Heiterkeit), um nur aus schlichtem politischen Empfinden heraus in aller Kürze zu sagen wie ich über unsere Sache und unsere Aufgabe denke.

In der kurzen Geschichte unserer Kolonialpolitik wiederholt sich eine Erscheinung, die wir in unserer politischen Entwicklung überhaupt wahrnehmen können. Seit Jahrhunderten ist es das Geschick des deutschen Volkes, dass es ihm durch die Ungunst der Verhältnisse schwerer gemacht wird als anderen Völkern, sich den gebührenden Platz an der Sonne zu erringen und ihn zu behaupten. Wie harte Kämpfe, innere und äussere, hatten wir zu bestehen um die politische Einheit zu gewinnen, wie viel härtere zum Beispiel als die Italiener, denen sie wie ein Geschenk des Himmels hauptsächlich durch fremde Hilfe in den Schooss fiel. Wie leicht ist es den Engländern geworden ihre schwere Hand auf das reiche und grosse Aegypten zu legen. Die Opfer waren kaum nennenswert im Vergleich zu den Opfern, die wir bringen mussten und bringen müssen, um Südwestafrika endgültig in Besitz zu nehmen.

All das ist aber kein Grund düster in die Zukunft zu blicken. Wir können uns damit trösten, dass es im Leben der Völker zugeht wie im Leben des Einzelnen. Nicht jene

Menschen prägen sich als die kräftigsten Persönlichkeiten aus, denen die Wege des Lebens von Jugend auf glatt gebahnt sind. Und gewiss ist heute unter Ihnen so mancher, der sich sagen kann: Was ich geworden bin, habe ich den Kämpfen und Sorgen einer harten Jugend zu danken.

Und so scheint es mir denn — ich kann mich dafür auf eine heutige Aeusserung des Herrn Kolonialdirektors stützen, der Südwestafrika eine günstige Zukunft prophezeite — so scheint es mir, dass gerade das heutige Schmerzenskind unter unseren Kolonien berufen sei in unserer Kolonialgeschichte dereinst eine ähnliche Rolle zu spielen wie die Mark Brandenburg in der Geschichte Preussens und Deutschlands (Sehr richtig). Die viel verschriene Streusandbüchse des heiligen römischen Reiches hat sich — um ein Wort Heinrichs von Treitschke zu gebrauchen — zur Grossmacht emporgehungen und ist der Kristallisationskern des neuen Reiches geworden. So mag auch unser sandreiches, unser dornenvolles Südwestafrika, weil es in unseren dortigen Siedlern und deren Nachkommen ein wehrkräftiges in Kampf und Arbeit gestähltes deutsches Geschlecht heranzuziehen verspricht, dereinst der Grundpfeiler unserer Kolonialmacht werden. (Bravo!)

Ja wahrlich, meine Herren, es wird uns schwer genug gemacht, vorwärts zu kommen im Wettbewerb mit anderen Nationen; aber die grössten Schwierigkeiten haben wir uns immer selbst bereitet dank der bekannten Erbsünde des inneren Zwiespalts und der Parteizerklüftung. So auch in der Kolonialpolitik. Was hätten wir z. B. ersparen können an Blut und an Geld, wenn wir früh genug nach dem Vorbilde der Engländer und des Kongostaates in Afrika mit dem Bau von Eisenbahnen vorgegangen wären. Der Starrsinn gewisser politischer Parteien hat es nicht gewollt! — Doch ich will dies leidige heute schon mehrfach gestreifte Thema nicht weiter ausführen, ich will nur noch einen Punkt zur Sprache bringen, der mir für unsere Aktion vor den Neuwahlen der springende zu sein scheint.

Als die jüngste Reichstagsauflösung bekannt wurde, da ging durch weite Kreise der verschiedensten Gesellschaftsklassen das Gefühl der Befreiung, der Erleichterung. (Bravo! und Händeklatschen.) Man atmete auf, als wäre ein schwerer Druck von der Seele genommen. Ausgelöst wurde diese Empfindung nicht nur durch die Aussicht, dass die nächsten Neuwahlen eine bessere Mehrheit bringen werden, sondern auch durch die Erkenntnis, dass auf alle Fälle unsere innere politische Lage eine dankenswerte Klärung erfahren hat. (Bravo!)

Meine Herren! Die jüngsten Ereignisse sind Ihnen bekannt. Zur Orientierung will ich ihr Bild rasch vor Ihnen abrollen lassen. Die schrankenlose Herrschsucht, mit der Männer des bisherigen Zentrums sich in Kolonialsachen — wie vielleicht auch in anderen Dingen — als Nebenregierung aufspielen wollten, war durch die jüngsten Reichstagsverhandlungen in aller Nacktheit enthüllt worden. (Bravo!). Als der Generalstab und die Kolonialverwaltung, die allein in dieser Frage das massgebende Urteil hatten und die allein vor dem

deutschen Volke die Verantwortung tragen können, die Truppenzahl normierten, die in Südwestafrika verbleiben müsse, um unsere dortigen Kämpfe zu einem gedeihlichen Ende zu führen, da sprach bekanntlich das Zentrum im Bündnis mit Sozialdemokraten, Polen und Welfen jenes verhängnisvolle „Nein“, das zur Auflösung des Reichstags führte und führen musste. Unbekümmert um das Schicksal der im Aufstandsgebiete verbleibenden Truppenreste, unbekümmert um das Los der deutschen Farmer, die neuen räuberischen Ueberfällen ausgesetzt worden wären, unbekümmert um Ansehen und Ehre des deutschen Namens in den Kolonien und im Ausland, verfolgte das Zentrum mit seinem fatalen Besserwissen nur den Zweck, durch eine parlamentarische Kraftprobe den Beweis zu liefern, dass nach wie vor das Zentrum in Deutschland Trumpf sei und bleibe. (Sehr richtig! und Pfui!) So hat uns der 13. Dezember enthüllt, wessen wir uns in nationalen Lebensfragen vom bisherigen Zentrum versehen können. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch breite Schichten des deutschen Volkes gelangten zu der Ueberzeugung: So geht es nicht weiter! Insofern hat unsere Lage sich geklärt. Die bevorstehenden Wahlen müssen dafür sorgen, dass unsere nationale Zukunft sicher gestellt werde gegen die Wiederkehr derartiger Machtproben des bisherigen Zentrums! (Bravo!) — Das muss den Ausgangspunkt bilden für die Wahltaktik aller Parteien, welche der Mehrheit vom 13. Dezember nicht anzu gehören die Ehre hatten. (Sehr gut! stürmischer Beifall.) Diesem Ziele müssen alle Sonderinteressen der einzelnen Fraktionen sich unterordnen. Wer diesem Ziele sich nicht fügt, der arbeitet bewusst oder unbewusst dem Zentrum, den Sozialdemokraten, den Polen und den Welfen in die Hände. Und dieses Ziel wird auch das Aktionskomitee, das Sie heute einzusetzen gedenken, nicht ausser Acht lassen dürfen. Wenn es auch nicht unmittelbar eingreifen soll in das politische Parteigetriebe, so wird es sich doch nicht auf akademische Erörterungen und theoretische Ausführungen beschränken dürfen; soll unsere Aktion die Wahlen beeinflussen — und das soll sie — dann dürfen ihr auch die Töne echter Leidenschaft und energischen Wollens nicht fehlen. (Sehr richtig.) Das Aktionskomitee wird daher nicht umhin können, die Mehrheit vom 13. Dezember vor den Wählern zu kennzeichnen, wie sie es verdient, es wird nicht umhin können, gemeinschaftliches Vorgehen aller übrigen Parteien nach besten Kräften zu fördern unter einer Parole, die in diesen Tagen nicht oft genug wiederholt werden kann — nicht oft genug gerade deshalb, weil sie von den Gegnern als angeblich verbrauchtes Schlagwort verhöhnt wird — unter der Parole: Erst das Vaterland, dann die Partei! (Anhaltender jubelnder Beifall.)

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Prof. Jastrow, Rektor der Handelshochschule Berlin hat das Wort.

Prof. Jastrow:

Meine Herren, in der Frage, ob die Angelegenheit, die

uns am heutigen Abend zusammengeführt hat, eine unpolitische oder eine politische Behandlung erfordert, stimme ich mit dem Herrn Vorredner überein, der die Meinung ausgesprochen hat, dass dieses Thema anders, als politisch überhaupt nicht behandelt werden kann. Denn wie sollte es möglich sein, eine Reichstagsauflösung und die Veranlassung dazu zu verschweigen, wenn wir uns über diesen Gegenstand unterhalten. Dann aber müssen wir uns auch sagen, dass der Kampf, der aus Anlass der letzten Reichstagsauflösung zu führen ist, mit der Frontstellung gegen das Zentrum durchgeführt werden muss, völlig gleichgiltig, welche Wahlparole in den Tagen der Reichstagsauflösung ausgegeben ist. Eine Wahlparole lässt man sich nicht aufnötigen, sondern wer der Meinung ist, dass das Wesentliche der letzten Reichstagsauflösung in dem erfrischenden Vorgehen gegen das Zentrum bestanden hat — einem Vorgehen, das wir mehr als ein Vierteljahrhundert nicht mehr erlebt haben — wer da meint, dass dies der Wendepunkt in unserer parlamentarischen Entwicklung sein soll, der kann natürlich nicht eine andere Sache für die Hauptsache in diesem Wahlkampfe erklären, sondern er muss als die Hauptsache die Frontstellung gegen das Zentrum betrachten. (Bravo!)

Nun könnte man sagen, dass es mit der Beteiligung an einem Unternehmen, wie dem heutigen, in einem gewissen Widerspruche dazu steht, wenn man die Frontstellung gegen das Zentrum für das wichtigste Moment des ganzen Wahlkampfes erklärt. Aber lesen Sie einmal die Einladung durch, die ich mit voller Ueberlegung unterschrieben habe! In dem Wortlaut ist nichts enthalten, was diejenigen, die zustimmen, verpflichten sollte, von den Dingen, die ihnen am meisten am Herzen liegen, in diesem Wahlkampfe abzusehen. Aber nicht nur in dem Wortlaut ist es nicht enthalten, sondern auch nicht in der Tendenz der Bewegung, die mit dem heutigen Abend beginnen soll. Der Gedanke, dass lediglich aus der Nichtbewilligung der Summen, die für koloniale Zwecke erforderlich sind, ein Wahlkampf gemacht werden soll, und dass andere Gegensätze, die sich geltend machen, in dem Wahlkampfe an die Wand gedrückt werden sollen, dieser Gedanke konnte vor zwei Wochen noch geäußert werden; heute ist er völlig ausgeschlossen durch die jüngsten Ereignisse in Afrika. Es hat sich die jüngste Situation erfreulich zugespitzt. Kein Mensch kann heute noch sagen, dass, wenn nun die Mittel bewilligt würden, die früher versagt worden sind, alles gut ist. Solange die Gründe, die zur Nichtbewilligung geführt haben, fortbestehen, ist so gut wie nichts gebessert. (Sehr richtig!) Durch die jüngsten Ereignisse ist es klar geworden, dass wir nicht bloss eine Kolonialpolitik treiben, sondern dass wir durch und durch einen innern politischen Kampf führen gegen die Parteien, die jenes Ergebnis verschuldet haben.

Machen wir uns doch einen kleinen Augenblick klar, wie denn diese eigenartige Stellung der Zentrumsparthei entstanden ist; eine Parteistellung, die in ganz Europa nicht wiederkehrt. Ich bin genötigt, wenn ich meine Ansicht hier-

über aussprechen soll, zu einer sehr altmodischen Staatsanschauung mich zu bekennen. Ich bin, als ich in jungen Jahren politisch zu denken begann, von der damals fast allgemein herrschenden Anschauung gefesselt worden: dass es für eine Monarchie ein Glück ist, wenn sie über grosse Parteien verfügt, denen sie ihre leitenden Staatsmänner entnehmen kann. So klein auch im Laufe der Zeit das Häuflein derer geworden ist, die sich zu dieser Anschauung bekennen, ich bin noch heute derselben Ansicht, dass das Ziel politischer Entwicklung in einer Monarchie, die aus freien Bürgern bestehen will, dahin gehen soll, dass grosse Parteien einen Einfluss gewinnen und dass aus diesen Parteien die Regierungsmänner entnommen werden. Sie wissen, dass diese Anschauung in den 70er Jahren noch grosse Gegner gefunden hat, und damals galt es als höchstes Ziel staatsmännischer Weisheit, sich ja vor der Herrschaft einer Majorität zu bewahren. In den 70er Jahren nun entstand in der Minorität eine Partei, bei der man von vornherein sicher war die kann vermöge der Begrenzung, die sie sich selbst gibt, niemals eine Majorität werden, niemals Majoritätsansprüche gewinnen. Und aus blosser Angst vor der Majoritätsherrschaft hat man sich der Minoritätspartei verschrieben. Aber es ist nicht nur ein Unterschied in der Zahl zwischen Minderheit und Mehrheit, auch der Einfluss ist ein verschiedener. Die Zentrums-herrschaft ist in ganz Europa eine sonst unmögliche Erscheinung. Wo sonst in Europa eine Partei nach der Macht strebt, da ist stets die wohltuende Zügelung zu beobachten, die ein parlamentarisches Regime jeder Partei auferlegt: dass diese weiss, sie muss eines Tages die Verpflichtungen, die sie eingegangen ist, einlösen. Eines Tages muss sie die Verantwortung übernehmen für den Einfluss, den sie haben will. Aber es ist ein Verhängnis, wenn eine Minderheitspartei ihren Einfluss ohne Verantwortlichkeit übernimmt. Das ist das, was wir in diesem Falle erlebt haben. Während es in den Ländern, die Majoritätsherrschaft haben, ein feststehender Grundsatz ist, dass die Parteien, die in der Minderheit sind, auf die Verwaltung keinen Einfluss nehmen dürfen, dass sie beschränkt sind auf die parlamentarische Tätigkeit, so hat es bei uns dahin geführt, dass die Minderheitspartei einen grossen Einfluss in den Bureaux der Verwaltung sich verschaffte, der dazu führte, dass die Verwaltungsmänner sich geknechtet fühlten, dass sie sogar darum baten, ihnen das kaudinische Joch zu ersparen. (Grosse Unruhe, Ruf: Hört, hört!) Nun ist es endlich zum Zusammenstoss gekommen; man ist davon überzeugt worden, dass solche politischen Zustände nicht länger ertragen werden können, dass sie mit den Prinzipien der allgemeinen Freiheit nicht zu vereinbaren sind.

Dass dieser Zusammenstoss eine wichtige nationale Frage betraf, bin ich weit entfernt, zu bedauern; im Gegenteil, ich sage: das war ein Glück für uns. Jetzt ist die Situation klar und durchsichtig. Vielen sind jetzt die Augen geöffnet, die es sonst nicht gesehen hätten. Ich begrüsse den Zusammenstoss mit der Minderheitspartei, die die Herrschaft sich anmasste. Jeder von uns hat ihn herbeigewünscht; jetzt ist er

dal! Und jeder, der mit mir in der Würdigung der Bedeutung dieser Frage für unser Vaterland übereinstimmt, wird mit mir sagen: den mutigen Staatsmann, der heute unter uns gesprochen hat (Lebhaftes Bravo!), den Mann, der die Führung in dieser Angelegenheit übernommen hat, werden wir nicht verlassen, wir werden ihm folgen! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Meine Herren, wir haben nur noch 2 Redner zu hören, zunächst bitte ich Herrn Prof. Penck, als Vertreter der Naturwissenschaften, das Wort zu ergreifen.

Professor Penck:

Meine hochverehrten Herren! Die Angelegenheit, die uns heute beschäftigt, kann sowohl vom Standpunkte der inneren, wie von dem der äusseren Politik betrachtet werden. Nachdem der geehrte Herr Vorredner sie vom Standpunkte der inneren Politik beleuchtet hat, gestatten Sie mir, zunächst ein Wort in der anderen Richtung.

Ich habe die letzten 20 Jahre in Oesterreich gelebt. Ich bin dorthin ausgewandert, kurz nachdem das Deutsche Reich seine Kolonien gewonnen hatte. Ich habe nur von der Ferne gesehen, welcher Jubel und welche Freude im Reiche darüber geherrscht haben, und auch nur von Ferne habe ich von dem Pessimismus erfahren, welcher später so viele Kreise betreffs unserer Kolonien ergriffen hat. Was ich aber Gelegenheit hatte, in Wien von der Nähe aus zu bemerken, war, dass der Gebietszuwachs, den das Deutsche Reich durch Erwerbung seiner Kolonien erfahren hat, von Freund und Feind dort als ein Zuwachs an Macht betrachtet worden ist. Ich kann daher auf Grund eigener Erfahrung aussprechen, dass es eine grosse Schmälerung am Ansehen des Deutschen Reiches bedeutet, wenn Mittel verweigert werden, die zur Sicherung unseres Kolonialbesitzes notwendig sind.

Was unsere Kolonien selbst anbelangt, so ist mein Urteil darüber dadurch beschränkt, dass ich mich als naturhistorischer Geograph gewöhnt habe, Dinge nach eigenem Augenschein zu beurteilen und nicht liebe, die Aeusserungen anderer mit oder ohne Kritik nachzusprechen. Schwer empfinde ich in diesem Augenblick, dass es mir nicht möglich gewesen ist, die deutschen Kolonien selbst zu besuchen. Aber ich habe Gelegenheit gehabt, ihnen an mehreren Stellen, sowohl in Britisch Süd-Afrika, als auch in Britisch Ost-Afrika sehr nahe zu kommen, und, da die Landesnatur an den politischen Grenzen sich nicht gerade häufig ändert, so darf ich mir wohl auf Grund der Landesnatur des britischen Kolonial-Besitzes eine Vorstellung von der Landesnatur des angrenzenden deutschen machen. Aber auch eine andere Vorstellung hat sich in mir bei Bereisung der britischen Kolonien in Afrika befestigt, nämlich, dass der Gewinn an Fläche unbedingt einen Gewinn an Macht darstellt, auch wenn die Fläche an sich nicht besonders wertvoll erscheint. Dies beeinflusst meine Auffassung der deutschen Kolonien insofern, als ja darüber kein Zweifel

herrschen kann, dass wir Deutsche bei der Teilung der Erde etwas spät gekommen sind, und dass die besten Gebiete für die Kolonialwirtschaft seit geraumer Zeit schon in anderen Händen sind. Doch glaube ich getrost aussprechen zu können, dass das, was wir in den letzten Jahrzehnten gewonnen haben, durchaus gleichwertig ist demjenigen, was andere Staaten in der gleichen Zeit als Kolonialbesitz erlangt haben. Besonders haben die Briten im Süden Afrikas Tausende von Quadratmeilen zum Teil wenig fruchtbaren Landes besetzt, ich darf wohl sagen, lediglich, um die Hand darauf gelegt zu haben. Der Brite geht eben von der Erwägung aus, dass die wirtschaftliche Erschliessung eines Landes erst dann voll geschehen kann, wenn es in britische Verwaltung genommen ist. Diese Erschliessung selbst erfolgt dann häufig erst viel später in anfänglich durchaus nicht vorgesehener Weise, und manches, was selbst Briten zunächst als wertlos zur Seite geworfen, hat sich hernach als ausserordentlich wichtig erwiesen. Ich möchte nur daran erinnern, dass England Transvaal anfänglich aufgegeben hat, um es später unter Aufwendung grosser Opfer an Menschen und Mitteln wieder zu erobern.

Einen ausserordentlich tiefen Eindruck von dem Zielbewusstsein kolonialer Erschliessung durch die Briten habe ich gewonnen, als ich am Tage der Einweihung der Brücke über den Sambesi unterhalb der Viktoriafälle stand. Die Brücke soll den Schienenstrang von Kapstadt nach Kairo von der einen Seite des Stromes zur anderen führen. Mit jener Eisenbahn vom Südende zum Nordostende Afrikas wird es wohl noch gute Weile haben. Einstweilen führt die Bahn über einen grossartigen, Europas durchaus würdigen Brückenbau, hinein in die Wildnis, keinem bestimmten Orte zu, unsicher noch in der Weiterführung ihrer Trace. Sie ist nicht angelegt, einem bereits vorhandenen Verkehre zu dienen, sondern solchen erst ins Leben zu rufen. Sie dient aber nicht bloss zur Erschliessung eines kolonialen Besitzes, sondern auch ganz unverkennbar zu dessen Sicherung. Zu sichern ist der britische Kolonialbesitz in Südafrika, ebenso wie es der unsere in Süd-West-Afrika ist, gegenüber den zahlreichen Farbigen, die das Land bewohnen. Der Aufstand, der unsere Kolonie beunruhigt hat, ist nur eine Aeusserung einer grossen allgemeinen Bewegung gegen die Weissen, deren Symptome man an vielen Stellen Süd-Afrikas bemerkt, und um dieser Bewegung gleich entgetreten zu können, bauen die Briten Eisenbahnen, die also ebenso vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkte aus zu beurteilen sind.

Fast ganz Süd-Afrika ist ein mehr oder weniger arides Gebiet, wo intensivere Bodenkultur nur durch Bewässerungsanlagen möglich ist: Wo Wasser vorhanden ist, oder Wasser hingeleitet werden kann, liefert der Boden, gleichviel wie er beschaffen ist, reichen Ertrag, wo es aber fehlt, können weite Flächen nur durch Viehzucht ausgenutzt werden. Aber das Aufkommen der Burenbevölkerung in ganz Süd-Afrika lehrt, dass dieses weite Ländergebiet von einer weissen Rasse bewohnbar ist: Hierin besteht sein Wert, und speziell der

von Deutsch-Südwest-Afrika. Ich stimme Seiner Exzellenz, dem Herrn Kolonialdirektor durchaus bei, wenn er sagte, was aus diesem Lande, speziell da, wo Bewässerungsanlagen möglich sind, noch Ausgezeichnetes gemacht werden kann. Aber es muss sich eine einwandernde deutsche Bevölkerung auch an neue Lebensbedingungen, speziell an den wirtschaftlichen Betrieb in einem ariden Gebiete gewöhnen. Wie aus dem küstenbewohnendem Holländer der Viehzüchtende, das Innere des Landes bewohnende Bur geworden ist, so kann auch aus der deutschen Einwanderung in Deutsch-Südwest-Afrika eine tüchtige, Viehzucht-treibende Bevölkerung nach der Art der nordamerikanischen Rancher hervorgehen, wenn sie sich den neuen Existenzbedingungen anpasst. In Nord-Amerika lehrt die Erfahrung, dass der weisse Rancher auf einer kleineren Fläche unendlich viel besser zu leben vermag, als der eingeborene nomadische Indianer, und dass Territorien, auf denen nur eine kleine Zahl von Indianern ihr Dasein mühsam fristeten, eine viel stattlichere Zahl von Weissen zu nähren vermag. Dies muss uns mit der Hoffnung erfüllen, dass auch in Deutsch-Südwest-Afrika, wo 200 000 Farbige leben konnten, erheblich mehr Deutsche Nahrung finden werden, und, wenn sich einmal auf afrikanischem Boden eine deutsche Rasse entwickelt hat, die den klimatischen Beziehungen der Subtropen gewachsen ist, dann besteht auch meines Erachtens die Möglichkeit, von dort aus jene Gebiete Deutsch-Ost-Afrikas mit Deutschen erfolgreich zu besiedeln, welche überhaupt von Weissen ständig bewohnt werden können.

Wenn ich sagte, dass wir Deutsche bei der Teilung der Erde etwas spät gekommen sind und nicht die besten Gebiete uns zugefallen sind, so möchte ich aber auch daran erinnern, dass unser Vaterland zwischen Alpen und den nördlichen Meeren keineswegs den besten Teil Europas darstellt: Sind doch grosse Strecken wenig fruchtbar, und ist doch das Klima keineswegs allenthalben starker Bodenproduktion günstig. Was haben aber unsere Altvorderen aus unserem Lande gemacht! Zeigen wir, dass wir gleiches in Afrika, speziell in Südwest-Afrika zu schaffen imstande sind! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Als letzter Redner hat das Wort Herr Prof. Kahl, der die staatsrechtlichen Gesichtspunkte erörtern wird.

Geh. Justizrat Prof. D. Dr. Kahl:

Unter vollem Verständnis für die stimmungsgemäss auch hier im Saale herrschende Kolonialtemperatur (Heiterkeit) liegt es mir am Herzen, Ihre Aufmerksamkeit lediglich noch für einen einzelnen Punkt in Anspruch zu nehmen, welcher die staatsrechtliche Seite des Vorgangs vom 13. Dezember berührt. Ich meine nämlich das Budgetrecht des Reichstages in seinem Verhältnis zu der kolonialen Kommandogewalt des Kaisers. Nur ganz kurz. Aber es gilt, hier einer für den Wahlkampf zurecht gelegten Flunkerei entgegenzutreten.

Bekanntlich haben zuerst zwei Rechtfertigungsgründe für die Ablehnung des Nachtragsetats herhalten müssen: Man

bewillige jeden Mann und Groschen — und: Wenn der Aufstand wieder ausbrechen sollte, werde man die erforderlichen Mittel schon zur Verfügung stellen.

Der erste Rechtfertigungsgrund war gegen die Wahrheit. Denn der Zentrumsantrag enthielt in allen Teilen und jedenfalls in seiner Gesamtwirkung eine direkte Ablehnung der Regierungsforderung. Der zweite war frivol. Es sind nur zwei Möglichkeiten. Entweder man wusste im Zentrum bereits am 13. Dezember 1906 von der zehn Tage später eintretenden glücklichen Wendung der Dinge in Südwafrika (Heiterkeit), — dann wäre erwiesen, dass selbst bei den Bondelzwarts schon die Einrichtung einer Nebenregierung gelungen war — (Grosse Heiterkeit); oder man wusste, wie es bei allen Sterblichen im Deutschen Reiche der Fall war, davon nichts, dann war die Begründung ein unverantwortliches Spiel mit Blut und Leben unserer Soldaten und obendrein auch mit den Reichsfinanzen. (Sehr richtig!)

Unter dem erhebenden Eindruck der Reichstagsauflösung aber verblassten beide Rechtfertigungsgründe. Gegenüber den Sturmeszeichen eines empörten nationalen Geistes mussten beide ihre Zugkraft, selbst auf mässig einzuschätzende Wählermassen, verlieren. Alsbald wurde ein neues und wirksameres Leitmotiv erfunden und gedruckt. In der Auflösung lag nun ein Angriff auf den Reichstag und sein Budgetrecht. „Die Volksvertretung sollte zur Geldbewilligungsmaschine herabgedrückt werden.“ So las man zuerst in der Zentrumspresse. In der sozialdemokratischen, nur natürlich eine Nummer feiner ausgedrückt, las man alsbald dasselbe. (Heiterkeit) Daher brüderliche Wahlparole: Kampf um das Budgetrecht! Das zieht! Die konstitutionellen Rechte sind in Gefahr! Die Reaktion ist im Anzuge! Der Geldbeutel der Wähler muss parlamentarisch geschützt werden! — —

Es ist Pflicht unserer Versammlung, auch in dieser Frage den öffentlichen Wahrheitsinn aufzurufen und Belehrungsfähige und -willige wenn möglich zu belehren. Soweit allerdings die berufsmässige Sozialdemokratie dabei in Frage kommt, besteht dazu eine Möglichkeit, auch wohl ein Bedürfnis nicht. (Sehr wahr!) Ihr Bewilligungsrecht kann ernstlich unmöglich gefährdet sein, weil sie grundsätzlich überhaupt nichts bewilligt. (Sehr gut! Heiterkeit.) Aber einsichtigen Wählern, welche bisher irrtümlich für das Zentrum gewählt haben und bei dieser Gelegenheit den Irrtum zu berichtigen wünschen, diene folgendes zur Aufklärung.

Mit dem Budgetrecht haben Auflösung und Neuwahl nicht das Mindeste zu tun. — Eigentlich müsste ich sagen, selbstverständlich nichts zu tun. Doch würde man erwidern können, man sage „selbstverständlich“ immer nur da, wo man keine Gründe hat (Heiterkeit). Daher lasse ich alles Selbstverständliche. Ich habe Gründe, und zwar gute und zwingende.

Nach § 1 des Schutzgebietgesetzes übt der Kaiser im Namen des Reichs die Schutzgewalt über die Kolonien aus. Damit ist er grundsätzlich allein zur Ausübung aller staatlichen Hoheitsrechte berufen, hinsichtlich deren nicht eine

besondere gesetzliche Beschränkung besteht. Sicher liegt nun eine Beschränkung seiner kolonialen Gesetzgebungsgewalt unter anderem auch darin, dass nach Gesetz vom 30. März 1892 jeder Kolonialetat durch ein Reichsgesetz festgestellt werden muss. Diesen Etat zu bewilligen, zu beschneiden oder ihn nicht zu bewilligen, hat jeder Reichstag das Recht; die zielbewusste Sozialdemokratie würde sagen, er hat nicht zu bewilligen die Pflicht. Jenes Bewilligungsrecht ist von niemand bestritten, hunderte Male ausgeübt und überhaupt nicht bestreitbar; denn es ist durch Art. 69 der Reichsverfassung grundgesetzlich garantiert.

Ihm steht aber gleichwertig nach der Reichsverfassung ein Kaiserrecht massgebend zur Seite, und weil ursprünglich alle Gesetze auf eine vernünftige Handhabung angelegt sind (Heiterkeit), so hat wohl auch die Reichsverfassung, freilich unvorsichtig wie es scheint, angenommen, dass diese korrespondierenden Rechte jederzeit im Geiste der Vernunft und der Vaterlandsliebe sich ausgleichend betätigen werden! (Bravo.) Was nämlich, von ethischen, vaterländischen Gesichtspunkten jetzt ganz abgesehen, juristisch verfassungsrechtlich dem Zentrum allein zu bestreiten ist, ist dies, dass jenes Bewilligungsrecht ausgeübt werden dürfe in Verknüpfung mit Vorbehalten und Bedingungen, welche die Kommandogewalt des Kaisers beeinträchtigen. Denn diese ist durch Art. 63 der Reichsverfassung ausdrücklich von der allgemeinen Praesidialstellung des Königs von Preussen abgezweigt, und neben dem Budgetrecht als selbständiges Hoheitsrecht konstituiert. Das Wesen dieser Gewalt besteht allgemein in der vollen Freiheit der Entschliessung des Kaisers über alles, was die unmittelbar militärischen Aktionen betrifft. Hier sind konstitutionelle Beschränkungen, Mitverantwortlichkeitsansprüche, wie sie der Wortführer des Zentrums grossmütig anmeldete, Neben- und Mitregierungen aller Art verfassungsmässig ausgeschlossen. Es muss nach Lage des Falles nach militärischem, nicht nach parlamentarischem Urteil gehandelt werden. Eine Einzeläusserung der Kommandogewalt ist namentlich auch die Dislokationsgewalt. Das ist im Frieden die Verteilung der Truppenkörper auf die Garnisonen, im Kriege die Verfügung über die Truppen und ihre Verschiebung auf dem Kriegsschauplatz, im Kolonialkriege also auch die Bestimmung über den Zeitpunkt des staffelweisen Rücktransports der überflüssig gewordenen Mannschaften in die Heimat. Ist diese Freiheit der Kommandogewalt schon im heimischen Kriege unerlässlich, so doppelt in einem Fernkrieg mit ganz unberechenbarem Gegner und ganz unvorausehbaren Zwischenfällen.

Indem nun das Zentrum seine teilweise Bewilligung mit der Bedingung verband, dass spätestens bis zum 31. März 1907 die Gesamtstärke der Kolonialtruppen auf 2500 Mann herabzumindern, also der Rest bis dahin zurückzuziehen sei, — hat es also den anmasslichen Versuch gemacht, einen Hoheitsakt der verfassungsmässig dem Kaiser zustehenden Kommandogewalt auszuüben. Das Zentrum konnte, wenn sich dies mit seinem Patriotismus, vor allem

aber mit seinem Parteivorteil (Sehr gut!) vereinbaren liess, pure den ganzen Nachtragsetat der Teile ablehnen. Das war und bleibt sein „gutes Recht“. Es konnte aber nicht seine Bewilligung an terminmässig vorzunehmende Akte der Dislokationsgewalt knüpfen. Das war gegen Recht und Geist der Verfassung, um so mehr, als die bestimmte und absolut vertrauenswürdige Erklärung vorlag, dass die Zurückziehung der Truppen erfolgen werde, sobald irgend die militärische Lage es gestatte. Es ist ganz besonders wertvoll und dankenswert, dass gerade von linksliberaler Seite die rechtliche Unzulässigkeit und politische Unmöglichkeit derartiger terminmässiger Begrenzung der Kommandogewalt betont und in dem Antrage Ablass zum Ausdruck gebracht wurde.

Das Ergebnis ist also: Nicht die Reichsregierung hat irgendwie das Budgetrecht des Reichstages angetastet, sondern innerhalb des Reichstages hat eine Fraktion mit Genossen (Heiterkeit) die Kommandogewalt des Kaisers angegriffen. (Bravo!) Das ist die klare Rechtslage, und es ist mir daher nicht verständlich, wie einer der höchsten preussischen Richter (Hört, hört!) vor wenigen Tagen diese Rechtslage derartig zu verschieben in der Lage war, dass er sich durch die mangelhafte Unterscheidung von Budgetrecht und Kommandogewalt die Qualifikation erworben hätte, durch das Examen zu fallen. (Grosse Heiterkeit, andauernder stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Ich komme zum Schluss! Wir danken es dem Träger der Kommandogewalt und mit ihm dem Bundesrat, dass sie den militärisch sachverständigen Beirat des Zentrums in der durch Art. 24 der Reichsverfassung für solche Fälle eigens geschaffenen höflichen aber entschiedenen Form dankend abgelehnt haben. (Grosse Heiterkeit.) Man hat seine Erinnerungen und Erfahrungen. Im alten deutschen Reiche war dem Höchstkommmandierenden ein konfessionell paritätisch zusammengesetzter Kriegsrat zur Seite gestellt. Die Reichskriege waren danach (Heiterkeit). Wir aber leben heute nicht mehr im heiligen römischen Reich, sondern im neuen deutschen Reich! (Beifall.)

Endlich mögen die Wähler sich noch die weitere Erfahrungstatsache merken, dass das konstitutionelle Budgetrecht überhaupt besser behütet ist bei allen denjenigen bürgerlichen Parteien, welche es nicht gelegentlich gebrauchen, um ihre eigenen Geschäfte dabei zu besorgen (Beifall!), und dass diejenigen Parteien das grössere Vertrauen verdienen, bezüglich derer nicht aktenmässig nachgewiesen werden kann, dass von einem ihrer Führer Bewilligung oder Nichtbewilligung, also parlamentarische Aktionen als Drohmittel zur Durchsetzung von Machtansprüchen gegen die Regierung in Aussicht gestellt wurden (Sehr richtig!).

Aus allen diesen Gründen ist — und jetzt spreche ich als Jurist, denn neben dem Patrioten habe ich im Unterschied zu meinem verehrten Kollegen Brunner auch den Juristen mitgebracht (Heiterkeit!) — das Hausieren mit einer angeblichen Gefährdung des Budgetrechts und die Behauptung, es sei notwendig, durch die Wahl eines Sozialdemokraten oder

Zentrumsmanns in den künftigen Reichstag das Budgetrecht erst sicher zu stellen, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen im Sinne des deutschen Strafgesetzbuches. (Stürmische Heiterkeit) Die Strafe muss sein, dass alle deutsch-nationalgesinnten Männer am 25. Januar Mann für Mann an die Urne treten und ihre Stimme so abgeben, dass sie unbedingt wirkt gegen Zentrum und Genossen, d. h. in diesem Falle für Kaiser und Reich! (Lebhafte andauernde Beifallskundgebungen, Hochrufe.)

Vorsitzender Prof. Schmoller:

Bitte noch 2 Minuten um Ruhe! Ich ersuche nun alle diejenigen, die die vorhin gehörte Resolution annehmen wollen, ihre Uebereinstimmung auszudrücken dadurch, dass sie die Hand erheben. (Geschieht. Ruf: Gegenprobel) Dann bitte ich um die Gegenprobe (Niemand). Die Resolution ist also einstimmig angenommen. (Bravo!)

Dann darf ich Ihnen die Namen derjenigen Herren verlesen, die wir Ihnen vorschlagen, zunächst in das Komitee mit dem Recht der Kooptation zu wählen. Es sind dies die Herren: Delbrück, Sering, Brunner, Schäfer, Lampe, Zöpfl, Staatsminister Hentig, meine Wenigkeit und Jastrow. (Zuruf: Kahl!) Also auch Kahl (Bravo!). Sind Sie damit einverstanden, dass diese Herren von heute ab tätig sind zur weiteren Belehrung im Wahlkampfe und eventuell über den Wahlkampf hinaus — es ist ein derartiger Antrag gestellt worden —, so bitte ich Sie ergebenst, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Einstimmigkeit.)

Jetzt nur noch die Mitteilung, dass 25 Exemplare der Schrift: die Zentrumspolitik und die deutsche Kolonialpolitik von der Verlagsbuchhandlung hier ausgelegt sind. Ich stelle sie zur Verfügung.

Meine Herren, ich schliesse die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und Reich! Sie leben hoch, hoch, hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein und verlässt alsdann unter dem Gesange des Liedes Deutschland, Deutschland über alles allmählich den Saal.)

(Schluss nach 11 Uhr.)

Zentrumsman
erst sicher zu
im Sinne des
keit) Die Stra
Männer am
und ihre Stir
Zentrum un
und Reichl
Hochrufe.)

Bitte no
diejenigen, d
wollen, ihre
sie die Hand
bitte ich um
also einstim

Dann da
lesen, die wir
mit dem Rec
Herren: Del
Staatsministe
ruf: Kahl)
standen, das
weiteren Bele
Wahlkampf
worden —, s
(Geschicht.

Jetzt n
Schrift: die
von der Ver
sie zur Verfü

Meine
Hoch auf Ka
(Die Versam
lässt alsdann
Deutschland

Budgetrecht
r Tatsachen
sche Heiter
nalgesinnten
Urne treten
wirkt gegen
für Kaiser
ndgebungen,

che nun alle
annehmen
dadurch, dass
robel) Dann
resolution ist

Herren ver
das Komitee
sind dies die
ampe, Zöpfl,
astrow. (Zu
lamit einver
ig sind zur
nell über den
ntrag gestellt
zu erheben.

xemplare der
olonialpolitik
d. Ich stelle

ng mit einem
hoch, hochl
ein und ver
Deutschland,



Von höchstem Interesse für Jedermann!

Berlin und seine Arbeiter

in englischer Beleuchtung.

Vergleichender Reisebericht von Best, Davis und Perks.

Deutsch herausgegeben von
Dr. Waldemar Zimmermann.

Mit einem Vorwort von
Prof. Hans Delbrück.

Ein hochangesehener englischer Industrieller, ein Gewerkschaftsführer und ein Wohlfahrtsbeamter des ersten Krankenhauses in Birmingham, die den verschiedensten politischen Lagern Englands angehören, haben unter Führung des Berliner Oberbürgermeisters, der ersten Grossindustriellen sowie des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes die Arbeiterverhältnisse in Berlin eingehend studiert und schildern diese mit einer Anschaulichkeit und einer Originalität, die den Bericht nicht nur zu einer lehrreichen, sondern auch eigenartig fesselnden Lektüre machen. Die Mannigfaltigkeit der dabei mitgeteilten Beobachtungen lässt ihn dabei als ein

wahres soziales Kaleidoskop

erscheinen und bietet darum nicht nur dem Arbeitgeber und Arbeiter, Lehrer und Volkserzieher, Wohlfahrtsbeamten und Sozialpolitiker, sondern auch dem Geistlichen, dem Arzt, jedem Freund und Gegner der Abstinenz eine Fülle interessanter Anregungen und wertvoller kritischer Vergleiche. Für alle aber, die in der gegenwärtigen Wahlbewegung stehen, bedeutet diese Darstellung unbefangener englischer Kritiker ein wirkungsvolles Waffenarsenal

gegen den sozialen Pessimismus!

Preis Mk. 1.—.

Preis Mk. 1.—.

Verlag Dr. Wedekind & Co. G. m. b. H.
Berlin S.W. 19, Kommandantenstr. 14.

J. S. Franz, Berlin S.W., Kommandantenstr. 14.